Schilmar · Der Europadiskurs im deutschen Exil
1933–1945

deutsches
historisches
institut
historique
allemand

paris

Pariser Historische Studien

herausgegeben vom
Deutschen Historischen Institut Paris

Band 67

R. Oldenbourg Verlag München 2004

Der Europadiskurs im deutschen Exil 1933–1945

von
Boris Schilmar

R. Oldenbourg Verlag München 2004

Gedruckt mit Unterstützung der Gerda Henkel Stiftung

Pariser Historische Studien
Herausgeber: Prof. Dr. Werner Paravicini
Redaktion: Dr. Mareike König
Institutslogo: Heinrich Paravicini, unter Verwendung eines Motivs am Hôtel Duret de Chevry
Anschrift: Deutsches Historisches Institut (Institut Historique Allemand)
Hôtel Duret de Chevry, 8, rue du Parc-Royal, F-75003 Paris

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagabbildung: „Die Zukunft", Ausgabe 45 vom 10. 11. 1939

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56829-9
ISSN 0479-5997

INHALT

Vorwort IX

I. Einleitung 1

1. Forschungsgegenstand – erkenntnisleitendes Interesse – Methode 1

2. Forschungsstand und Quellenlage 7

II. Europa in Weimar: Sensibilisierung zwischen Versailles und Genf . 19

1. Die historische Zäsur – der Erste Weltkrieg 20

2. Gebrochene Strukturen – die Versailler Friedensordnung 25

3. Machtloses Instrumentarium – der Völkerbund 29

III. Exil in Europa: Widerstand durch Planung 1933–1937 37

1. Europa im Bild: Europakonzepte der Emigration 1933–1937 ... 37

1.1. Kommunisten 39

1.2. Sozialdemokraten 42

1.2.1. Ergebnisse der Weimarer Europadiskussion 43

1.2.2. Sozialdemokratische Europabilder 1933–1937 50

Rudolf Hilferding: kollektive Friedenssicherung (52) – Curt Geyer: „europäische Demokratie" und „neues europäisches Gleichgewicht" (53) – Friedrich Stampfer: „europäische Föderation" (56) – Gregor Bienstock: „Europa und die Weltpolitik" (57)

1.3. Revolutionäre Sozialisten Deutschlands (RSD) 59

Alexander Schifrin: die deutsche Revolution als Garant des europäischen Friedens (62) – Europäische Volksfront zur Bekämpfung des Faschismus (64) – Siegfried Aufhäuser: „Donau-Locarno" (66)

1.4. Sozialistische Arbeiter-Partei (SAP) 67

1.5. Neu Beginnen (NB) 72

Richard Löwenthal: Europagedanke als Waffe (73) – Paul Hertz: „europäische Planwirtschaft" (75)

1.6. Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) 77

Sozialistische Föderation mit Völkerbundarmee (80)

1.7. Deutsche Volkssozialistische Bewegung (DVB) 83

Sozialismus und Abendland (84)

1.8. Pazifisten 87

Reformierter Völkerbund (89) – Kurt Hiller: logokratische Internationalisierung (90) – Otto Lehmann-Russbueldt: „Schafft die Eidgenossenschaft Europa!" (92) – Friedrich W. Foerster: Föderalismus und Christentum (93)

1.9. Liberale und Bürgerlich-Konservative 96
Heinrich Mann: Souveränitätsverzicht zugunsten eines europäischen Gesamtstaates (97) – Leopold Schwarzschild: Bund europäischer Nationen statt Völkerbund (99)
1.10. Nationalkonservative 104
Otto Strasser: Europa zwischen Faschismus und Bolschewismus (104)
2. Zwischenergebnisse 111

IV. Europa im Exil: Konzeptionalisierung der Europaideen 1938–1945 115
1. „Neuordnung Europas aus Rasse und Raum": zur nationalsozialistischen Europapolitik 116
1.1. Der Nationalsozialismus und Europa 117
1.2. Grundkonstanten der NS-Ideologie und ihre europäische Dimension 123
1.2.1. Antisemitischer Rassismus 124
Rassismus (124) – Antisemitismus (127) – Antibolschewismus (129)
1.2.2. Lebensraumimperialismus 131
Imperialismus (131) – Lebensraumideologie (132) – Antiföderalismus (137)
2. Europa im Diskurs: die Entwicklung europäischer Einigungspläne im Exil 1938–1945 140
2.1. „Bilanz nach München" – europäische Selbstfindung im Exil (1938/39) 143
2.1.1. Europäische Motivationen 146
Nationalverständnis und Souveränitätskritik (149) – Freiheit und Demokratie (161) – Frieden und Sicherheit (162) Wirtschaftliche Kooperation (164)
2.1.2. Europäische Identität 165
Europäischer Sozialismus und abendländischer Kulturkreis (166) – Europas Eigenständigkeit (171)
2.1.3. Europäische Institutionen 173
Föderalismus: ein Völkerrecht für Europa (174) – Konföderalismus (181) – Antiföderalismus (182)
2.2. „Russischer Dolchstoß" – die antikommunistische Diskurswende nach dem Hitler-Stalin-Pakt (1939/40) 184
2.2.1. Die Haltung der KPD 185
2.2.2. Annäherung durch Wandel 190
2.2.3. Ausfall der Ostoption 202
2.2.4. Profilschärfung in der Föderalismusdebatte 209
Einschränkung der Souveränität (209) – (Kon)Föderale Binnenstruktur (212) – Europäische Gewaltenteilung (220) Außenverhältnis zum Völkerbund (224)

2.3. „Wir müssen nicht untergehen!" – Flucht aus der „Festung Europa" (1940/41) ... 227
2.3.1. Individualisierungsprozeß des politischen Exils ... 228
2.3.2. Nationalsozialistische Usurpation der Europaidee ... 230
2.3.3. Außereuropäische Lösung der europäischen Frage? ... 235
2.4. „Klare Fronten"? – Europa zwischen West und Ost (1941–1943) ... 246
2.4.1. Rückkehr der Sowjetunion ... 249
2.4.2. Relativierung der europäischen Frage ... 254
2.4.3. Im Zeichen des Ost-West-Konflikts: Föderation statt Division ... 263
2.4.4. Wirtschaftsföderation als supranationaler Auftakt ... 285
2.5. „... und ganz Europa schwebt auf der Hängebrücke" – Reaktionen auf Teheran (1944/45) ... 293
2.5.1. Die „Großen Drei" ... 299
2.5.2. Die „Anderen Drei" ... 303
2.5.3. „Vier Weltpolizisten" ... 315
3. Zum Europagedanken im innerdeutschen Widerstand: ein Vergleich ... 321
4. Ergebnisse ... 336

V. Schlußbetrachtung und Ausblick ... 341

VI. Anhang ... 361
1. Kurzbiographien der Emigranten ... 361
2. Verzeichnis der Abkürzungen ... 375
3. Verzeichnis der Pseudonyme und Tarnnamen ... 378
4. Quellenverzeichnis ... 379
4.1. Archivalien ... 379
4.2. Gedruckte Quellen ... 380
4.2.1. Quellensammlungen ... 380
4.2.2. Exilpublizistik ... 382
4.2.3. Quellen zum nationalsozialistischen Europabild ... 385
5. Literaturverzeichnis ... 386
6. Namenregister ... 401

„Mit dem Denken kommt die Kraft
und aus Geist und Kraft gewinnt die europäische
Existenz von morgen immer wieder neue Belebung."
Heinrich Georg Ritzel (1940)

Vorwort

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um die im wesentlichen unveränderte Fassung meiner gleichnamigen Dissertation, die im Wintersemester 2001/2002 von der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angenommen worden ist. Für die Drucklegung wurde der ursprüngliche Text nur geringfügig überarbeitet, durch ein Namenregister ergänzt und mit einem aktualisierten Literaturverzeichnis versehen. Auf ein Unterkapitel zu Gehalt und Begriffshistorie der Termini „Widerstand" und „Exil" ist für die gedruckte Fassung verzichtet worden.

Viele kritische Geister haben die Entstehung der Arbeit aktiv begleitet. Dafür bin ich ihnen Dank schuldig, dem ich an dieser Stelle gerne Ausdruck verleihe: Durch Hochschulveranstaltungen zur Geschichte des Europagedankens hat mein Doktorvater, Professor Dr. Horst Lademacher (Münster) mein Interesse geweckt und in vielen Gesprächen den Erkenntnisprozeß gefördert. Professor Dr. Wolfgang Jacobmeyer (Münster) hat das Korreferat übernommen. Ihm verdanke ich ein gesteigertes Bewußtsein für sprachliche Präzision. In ausführlichen Besprechungen hat sich Professor Dr. Wilfried Loth (Essen) der Mühe unterzogen, Struktur und Duktus der Arbeit kritisch zu hinterfragen. Seine unermüdliche Gesprächsbereitschaft und sein fachlicher Rat haben mir sehr geholfen.

Während meiner Archivstudien in Paris sowie in der Folgezeit habe ich mich jederzeit auf die vielfältige Unterstützung von Dr. Stefan Martens (DHIP) verlassen können, den ich als kompetenten und angenehmen Gesprächspartner schätze. Im Labyrinth der Pariser Archive und Bibliotheken half er mir, den Ariadnefaden meiner Arbeit nicht zu verlieren. Mein Dank gilt auch Professor Dr. Werner Paravicini und Dr. Andreas Wilkens (beide DHIP) für ihre konstruktive Kritik.

Dem Direktor des Deutschen Historischen Instituts Paris, Professor Dr. Werner Paravicini, danke ich zugleich für die Gewährung eines zehnmonatigen Stipendiums und ganz besonders für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe der Pariser Historischen Studien. Die Gerda Henkel Stiftung hat sich freundlicherweise bereit erklärt, mir ein Promotionsstipendium für die Vorbereitung des Pariser Forschungsaufenthaltes sowie für die anschließende Fertigstellung der Arbeit zu gewähren und die Drucklegung mit einem Zuschuß mitzufinanzieren. Frau Dr. Mareike König und Frau Andrea Rattei (beide DHIP) danke ich für ihre Geduld und die zuverlässige redaktionelle Begleitung der Drucklegung.

Oliver Gnad hat das gesamte Manuskript außerordentlich gewissenhaft und mit hoher fachlicher Kompetenz gegengelesen. Für die kritische Durchsicht danke ich auch Jens Bredenbals.

Meinen Eltern bin ich dankbar für die jahrelange uneingeschränkte Unter-

stützung meiner Studien. Auf diese Weise haben sie mir ermöglicht, Doppelstudium, Promotion und Familie zu vereinen.

Für die zahllosen Gespräche, für sachliche Kritik, viel Geduld und das unermüdliche Engagement in der Schlußphase der Arbeit danke ich meiner Frau Christine. Motivation und Elan des Arbeits- und Erkenntnisprozesses wären ohne ihre umfassende Unterstützung und ihr kritisches Verständnis nicht denkbar. Ihr widme ich dieses Buch.

Düsseldorf, im Januar 2004 Boris Schilmar

I. EINLEITUNG

1. Forschungsgegenstand – erkenntnisleitendes Interesse – Methode

> *Die Massen sehen ein, daß dieser mörderische Nationalismus nur eine Maske des Gewaltregimes gegen das eigene Volk ist, man fängt an, ihn für das Elend und die Ausweglosigkeit der Lage verantwortlich zu machen. So werden die betrogenen und unterdrückten Massen für eine demokratische und europäische Gesinnung freigesetzt: sie sind nicht nur gegen Hitler, sondern auch für Europa [...]*[1]

„Nicht nur gegen Hitler, sondern auch für Europa": Als Alexander Schifrin mit diesen Worten im Juni 1939 gegen die aufkommende Verzweiflung des politischen Exils anschrieb, dachte er an die beiden für ihn wesentlichen europäischen Aufgaben: die Beseitigung des Hitler-Regimes und die Neuordnung Europas. Damit ist der Nukleus aller Europakonzeptionen der deutschen Emigration in den Jahren 1933 bis 1945 und zugleich die Legitimation des politischen Exils präzise benannt: Emigration als aktiver Widerstand gegen den Nationalsozialismus, um durch dessen Überwindung eine umfassende europäische Friedenssicherung zu ermöglichen[2]. Der gemeinsame Wille, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativen zu einem nationalsozialistisch dominierten Europa aufzuzeigen, war das verbindende Element der am Europadiskurs beteiligten Exilgruppen – ungeachtet der teils erheblichen Differenzen hinsichtlich ideologischer Zielsetzung, politischer Reichweite und institutioneller Verfassung eines vereinigten Europas. Ohne das divergierende Demokratieverständnis der zahlreichen Gruppierungen im Exil zu nivellieren, bleibt doch festzuhalten, daß der Erfahrungsraum Exil als Hort des Meinungspluralismus eine zentrale Funktion in der politischen Kultur[3] der westdeutschen Demokratie ausgeübt hat. In diesem Sinne ist das politische Exil einer „der wenigen Aktivposten deutscher Geschichte in der Zeit der NS-Herrschaft"[4]. Seine Anerkennung als gleichwertiger Teil der Ge-

[1] SCHIFRIN, Zwei gemeinsame Aufgaben, in: Die Zukunft, 2. Jg., Nr. 23 (9. 6. 1939), S. 4.

[2] Vgl. auch SCHILMAR, Pariser Positionen, in: SAINT SAUVEUR-HENN (Hg.), Fluchtziel Paris 2002, S. 165–180 (166).

[3] Vgl. RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973, S. 5: „[...] wo das Exil zur Fortsetzung geistiger und politischer Strömungen wird, die in der Heimat bereits untergegangen oder zum Schweigen verurteilt sind, und zur ersten artikulierten Kunde von Ideen und Wegen der Zukunft". Auch ZUR MÜHLEN, Exil und Widerstand 1994, S. 140 betont: „Auch der Widerstand vom Exil aus war bei aller Schwäche nicht vergeblich. Wenigstens darin bestritt er der NS-Diktatur ihre Allmacht, indem er demokratisches Gedankengut bewahrte und das progressive kulturelle Erbe, das Hitler hatte vernichten wollen, über das ‚Dritte Reich' hinwegrettete."

[4] RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973, S. 5.

schichte des deutschen Widerstands[5], der europäischen Ideengeschichte sowie der Genese der europäischen Integration[6] konnte sich jedoch erst nach einer langen Zeit politischer Vereinnahmungen durchsetzen. In der DDR spiegelte sich dies in der einseitigen Glorifizierung des kommunistischen Exils wider, während sie in Westdeutschland in der nicht minder einseitigen Fixierung auf das Attentat vom 20. Juli 1944 und der populistisch ausgeschlachteten Ablehnung der Emigranten als „Verräter" manifest wurde[7].

Für eine Zeit, in der sich Deutschland ostentativ von dem politischen Ideal einer gelebten europäischen Einheit abgewandt hatte, erweist sich die Suche nach der ideengeschichtlichen Kontinuität des „Europe pensée" sowie nach politischen Alternativkonzeptionen eines „Europe vécue" als spannende Herausforderung, die aktueller Relevanz nicht entbehrt[8]. Vor dem Hintergrund des fortgesetzten Integrationsprozesses, dessen Legitimität durch Renationalisierungsbestrebungen der Mitgliedstaaten sowie Ängste und Verunsicherung der Bürger immer wieder in Frage gestellt wird, ist es wichtig, nach der Motivation und den gedanklichen Grundlagen zu fragen, auf denen der europäische Einigungsprozeß basiert.

Eine solche Rückbesinnung auf die ursprüngliche Europaidee, die erst im 20. Jahrhundert ihre Konkretisierung erfuhr, muß berücksichtigen, daß in den ersten Jahren der Emigration Gesamteuropa das Substrat der politischen Betrachtungen war. Die Frage „Europa – geteilt oder geeint?"[9] stellte sich bis 1943 überhaupt nicht. Um so überraschender wirkten auf die europäischen Zeitgenossen die politischen Folgen der Konferenzen von Moskau und Teheran. Mit der stellvertretend von Coudenhove-Kalergi formulierten Erkenntnis, Europa könne nur als politisch und wirtschaftlich geeinter Kontinent seine Selbständigkeit zwischen Ost und West behaupten, setzte in einer zuvor nicht gekannten Dringlichkeit ein europaweiter Lernprozeß ein, der bis zum heutigen Tag fortdauert[10].

Die Einigung Europas stellt eine zentrale Forderung der deutschen Emigranten dar, die sich als Kontinuum in ihren politischen Auseinandersetzun-

[5] Vgl. KLEMPERER, ‚Verbindung zu der großen Welt' 1990, S. 7: „Es wäre ganz verfehlt, Widerstandsforschung hie und Exilforschung da zu betreiben." DÜLFFER, Führerglaube 1992, S. 216 stellt fest, daß „zwischen 1933 und 1945 [...] in sonst nicht üblichem Ausmaß deutsche Geschichte außerhalb des deutschen Macht- und Zugriffsbereichs [stattfand]".

[6] Zur innereuropäischen Rückbesinnung im europäischen Exil und den europäischen Widerstandsgruppen vgl. die kenntnisreiche Darstellung von LIPGENS, Anfänge 1977, insb. S. 1–94.

[7] Die Vorwürfe gegen den Remigranten und sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Willy Brandt stechen dabei besonders hervor.

[8] Zu den sozial- und mentalitätsgeschichtlich definierten Termini vgl. KAELBLE, L'Europe „vécue" 1994, S. 27–45.

[9] COUDENHOVE-KALERGI, Eines der wichtigsten Friedensprobleme: Europa – geteilt oder geeint?, in: NVZ, 13. Jg., Nr. 24 (10. 6. 1944), S. 1.

[10] Vgl. LOTH, Sozialismus und Internationalismus 1977, S. 11, sowie die umfassende Untersuchung von KAELBLE, Europäer über Europa 2001, passim.

gen und der aktiven Widerstandsarbeit im Exil erweist. Für die interdependenten Funktionen der Emigranten als Widerstandskämpfer und europäische Vordenker kommt den gerade im Exil intensiv geführten programmatischen Europadebatten eine Schlüsselfunktion zu, die sich nur aus dem quellennahen „Innenblick"[11] der Emigration erschließen läßt und von der Forschung bisher kaum gewürdigt worden ist[12].

Die vorliegende Arbeit sucht eine Antwort auf die Frage: Welche übergeordneten Entwicklungslinien kennzeichnen den Europadiskurs im deutschen Exil?

Im Mittelpunkt der Quellenarbeit steht der Verlauf der Europadiskussionen. Dabei geht es nicht um eine minutiöse Nachzeichnung gruppeninterner Diskussionen, sondern um den Beitrag des deutschen Exils zur übernationalen Geschichte der europäischen Einigung, die gruppenübergreifenden Divergenzen und Konvergenzen der unterschiedlichen Konzeptionen, deren dynamische Entwicklungsprozesse in Reaktion auf die rasante Geschwindigkeit des Weltgeschehens und die den Europavorstellungen zugrunde liegenden Motivationen. Als diskursive Analyse berücksichtigt die Quelleninterpretation den Gesamtkomplex des politischen Exils in seiner typischen „Vielspältigkeit"[13] – von der KPD über bürgerlich-liberale Gruppierungen bis zu nationalkonservativen Emigrationskreisen. Politische Zuordnungen einzelner Emigranten sind jedoch nicht als rigide Kategorisierungen zu verstehen, zumal die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe sich oft lediglich als äußeres Merkmal herausstellt. Darüber hinaus sind einer politischen Kategorisierung der Emigranten durch Überschneidungen und Mehrfachmitgliedschaften klare Grenzen gesetzt. So finden sich etwa Pazifisten oder Paneuropäer in nahezu allen Exilgruppen.

Vor dem Hintergrund der beiden Grundlinien europäischer Entwicklung zwischen 1918 und 1945, der Entstehung der bipolaren Welt zu Lasten der Weltgeltung Europas und dem Bedeutungsverlust des Nationalstaates zugunsten eines – politisch erst ab 1946 wirkungsmächtigen – Durchbruchs des

[11] PASSAUER, Gehört das Exil zum Widerstand? 1989, S. 30.

[12] So auch die ebenso knappe wie zutreffende Einschätzung von BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, S. 25: „Die Einzelheiten dieser Planungen [der Exilorganisationen zu einer europäischen Föderation], ihre Entwicklungsgeschichte und ihr Bezug zur Realität sind jedoch bisher nicht systematisch untersucht worden." Auch PAUL, Deutschland nach Hitler 1998, Sp. 655, konstatiert, daß „weder die Zeitgeschichtsforschung noch die Exilforschung besondere Anstrengungen unternommen haben, die Programmgeschichte der verschiedenen Fraktionen des Exils umfassend zu rekonstruieren, geschweige denn einer systematischen Analyse zu unterziehen". Zur Bedeutung der Programmdiskussionen im Exil für die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands zustimmend RÖDER, Zum Verhältnis von Exil und innerdeutschem Widerstand, in: Exilforschung 5 (1987), S. 28–39 (37) sowie STEINBACH, Widerstand aus dem Exil? 1990, S. 587.

[13] KANTOROWICZ, Literatur im Exil 1983, S. 82.

Europagedankens[14], ergeben sich für die vorliegende Aufgabenstellung drei systematische Schwerpunkte:
– Hinsichtlich der Motivationen für die Propagierung einer europäischen Einigung kommt dem Phänomen der innereuropäischen Rückbesinnung[15] im Sinne einer erneuerten Suche nach der europäischen Identität auf einer höheren Qualitätsstufe besondere Aufmerksamkeit zu.
– Im Zusammenhang mit der Positionierung Europas zwischen Ost und West wird dem Antibolschewismus besondere Aufmerksamkeit gewidmet.
– Beim dritten Schwerpunkt wird mit Blick auf die Institutionalisierung danach gefragt, wie nach den Plänen des deutschen Exils das vereinigte Europa im Innern verfaßt sein sollte, um den Motivationen und der europäischen Positionsbestimmung gerecht zu werden. Hierbei stehen die Prinzipien der Supranationalität und des Föderalismus im Zentrum der Quellenanalyse.

Zu Beginn werden grundlegende Europaerfahrungen in der Weimarer Republik aufgezeigt, die für das Verständnis sowohl der frühen Exilkonzeptionen als auch der thematischen Sensibilisierung in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht unverzichtbar sind. Die in der Emigration häufig verbalisierte Enttäuschung über das Versagen des Völkerbundes als Friedensgarant und überstaatlicher Schlichter sowie die Philippiken gegen das Vertragswerk von Versailles zeigen, daß ein „Europabewußtsein häufig auch erst als Folge konkreter Einigungsresultate"[16] – oder eben auch gescheiterter Einigungsbemühungen entsteht. Nahezu alle im Exil ausgearbeiteten Europakonzepte enthalten Details, die unmittelbar aus der Kenntnis tatsächlich vorhandener Institutionen und den realen Erfahrungen menschlicher und politischer Unzulänglichkeiten erwachsen sind. Diese Sensibilisierung für die europäischen Gemeinsamkeiten wurde in der Weimarer Zeit entwikkelt und birgt die Grundlage einiger Entwicklungslinien des späteren Europadiskurses im Exil.

Die Erörterung des eigentlichen Untersuchungsgegenstandes wird eingeleitet mit der quellenbasierten Analyse der zwischen 1933 und 1937 skizzierten Europavorstellungen, die sich zum Widerstand durch Planung entwickelten und die geistigen Grundlagen der späteren Konzeptionalisierungsphase des Europadiskurses schufen. Schon an dieser Stelle muß der Tatsache Rechnung getragen werden, daß der Diskurs des politischen Exils über die europäische Nachkriegsordnung untrennbar mit der ebenfalls kontroversen Völkerbundsdiskussion verbunden war. Abgestellt wird dabei auf eine gruppenorientierte Analyse, um eine Skizzierung des jeweiligen Organisationsprofils

[14] Vgl. LIPGENS, Anfänge 1977, S. 18. Zum Bedeutungsverlust des Nationalstaates siehe auch LOTH, Identity and Statehood 2000, passim, sowie LIPGENS, Anfänge 1977, S. 44: „Alle diese Staaten hatten damit bewiesen, daß sie ihren Völkern nicht mehr das Minimum an Sicherheit und Unabhängigkeit garantieren konnten, das zu garantieren der elementarste Zweck eines Staatswesens ist."
[15] Ibid. S. 17ff.
[16] BOSMANS, Einleitung, in: DERS. (Hg.), Europagedanke 1996, S. 7.

zu erleichtern und die in dieser Phase noch fehlende Ordnungsstruktur des Diskurses zu verdeutlichen.

Mit dem Perspektivenwechsel von einer gruppenorientierten zu einer diskursorientierten Betrachtung folgt die Analyse der Europadebatten zwischen 1938 und 1945, die zu einer wesentlichen Vertiefung und Konzeptionalisierung der bis 1937 formulierten Europaideen führten. Dabei rückt zunehmend das Verhältnis zu den beiden Weltmächten USA und UdSSR in den Vordergrund. Spätestens im Verlauf des Zweiten Weltkrieges erwies es sich als notwendig, über eine europa-zentrierte Betrachtungsweise hinaus eine politische Position Europas im Spannungsfeld der beiden außereuropäischen Weltmächte USA und UdSSR zu definieren, wobei die Vorstellungen von jeweils einseitiger Anlehnung bis zur Befürwortung eines „dritten Weges" reichten. Systematisch ist dieser Abschnitt an fünf Ereignisfeldern als „Momentaufnahmen eines permanenten Lernprozesses"[17] ausgerichtet, die den Diskurs nachweisbar beeinflußten.

Im zeitgenössischen Zusammenhang wird die Analyse des Europadiskurses im deutschen Exil kursorisch mit parallelen Diskussionen des innerdeutschen Widerstandes verglichen.

Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse wird in der Schlußbetrachtung die Tragfähigkeit der Europakonzepte hinsichtlich des nach 1945 einsetzenden europäischen Integrationsprozesses bewertet. Abschließend wird die Frage zu beantworten sein, inwieweit sich die Auseinandersetzung mit dem Europadiskurs des deutschen Exils für den gegenwärtig erreichten Stand der europäischen Integration, insbesondere für die Suche nach einer europäischen Identität, als hilfreich erweisen kann.

Als zeitliche Fixpunkte sind die Jahre 1933, 1938 und 1945 gewählt worden. Während die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 den Beginn der Emigration und die Frühphase des Europadiskurses einläutete, steht das Jahr 1938 für eine tiefgreifende Schwerpunktverlagerung innerhalb des Europadiskurses im Exil: Erstmals erschien ein europäischer Krieg als reale Möglichkeit, so daß unmittelbar die Frage „Was kommt nach dem Krieg?" in den Vordergrund der politischen Diskussionen rückte. Der intellektuellen Durchdringung einer europäischen Nachkriegsordnung kam nicht erst mit dem für die große Mehrheit des Exils keineswegs überraschenden Kriegsausbruch Anfang September 1939 reale Bedeutung zu, sondern schon mit der Rezeption von „München". Die bis 1945 in zunehmender Eindringlichkeit geführten Diskussionen über die europäische Neuordnung finden folgerichtig schon im Jahre 1938 zwischen der Annexion Österreichs und dem Münchner Abkommen ihren Auftakt. Die programmatischen Debatten der Jahre 1933 bis 1937 sind dagegen deutlicher geprägt von der Weimarer Europadiskussion und der Erwartung baldiger Rückkehr. Diese erste

[17] Die treffende Umschreibung ist entnommen aus LOTH, Sozialismus und Internationalismus 1977, S. 13.

Phase wurde also in gewisser Weise „mit dem Gesicht nach Deutschland"[18] gestaltet. Um jedoch den Gesamtzusammenhang der im Exil entwickelten Europapläne, die geistigen Grundlagen sowie Stringenz und Brüche der Diskussionsverläufe ergründen zu können, bedarf es einer quellengestützten, erweiterten Darstellung derjenigen Europavorstellungen, denen zwischen 1933 und 1937 Ausdruck verliehen wurde. Wenngleich es sich zu diesem frühen Zeitpunkt häufig um rigide Europakonzepte handelte, die über eine Definition des Motivationsbündels vor dem Hintergrund aktueller Tagespolitik oft nicht hinausreichten, bleibt doch zu bedenken, daß gerade dieser Phase das dem Europadiskurs zugrundeliegende Selbstverständnis des Widerstands durch Planung zu verdanken ist.

In Anbetracht der betont prozeßorientierten Fragestellung wäre es willkürlich, als Endpunkt des Untersuchungszeitraums die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation zu definieren. Abgestellt wird vielmehr auf das offizielle Ende des erzwungenen Exils 1945, die individuell unterschiedliche Zeitschwelle vor der Remigration, sofern der einzelne Emigrant nicht im Ausland blieb.

Die Ausrichtung an der leitenden Fragestellung verlangt den Verzicht auf eine intensivere Beschäftigung mit solchen Themenkreisen, die zur Analyse des Europadiskurses im Exil keine wesentlichen Erkenntnisse erwarten lassen. So müssen die Tätigkeiten der zahlreichen humanitär motivierten Flüchtlingshilfsorganisationen und anderer, nicht primär politisch definierter Gruppierungen des Exils[19] ebenso unberücksichtigt bleiben wie die weniger europarelevanten exiltypischen Diskussionen zu Volksfront[20], Saarabstimmung[21] und Spanischem Bürgerkrieg[22]. Die regelmäßigen, aber vergeblichen

[18] So der nach einem bekannten Wort des 1939 verstorbenen SPD-Parteivorsitzenden Otto Wels benannte Titel der Quellenedition von MATTHIAS (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland 1968.

[19] Zur Emigration von Kunst und Wissenschaft vgl. das von der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main herausgegebene Inventar zu den Nachlässen emigrierter deutschsprachiger Wissenschaftler in Archiven und Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland 1994 sowie die disziplingeschichtlichen Analysen von KROHN, Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research 1987; MÖLLER, Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration 1984; STRAUSS et al. (Hg.), Die Emigration der Wissenschaften. Disziplingeschichtliche Studien 1991; LEIMKUGEL, MÜLLER-JAHNCKE, Vertriebene Pharmazie. Wissenstransfer durch deutsche und österreichisch-ungarische Apotheker 1999; HOECHERL-ALDEN, Germanisten im „Niemandsland": Die exilierten Akademiker und ihre Wirkung auf die amerikanische Germanistik 1996; SÖLLNER, Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration. Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte 1996; BÖHNE, Die Künste und die Wissenschaften im Exil 1992 sowie jüngst SCHÄUFELE, VINZENT (Hg.), Theologen im Exil – Theologie des Exils 2002.

[20] Zur Volksfrontdebatte richtungweisend LANGKAU-ALEX, Volksfront 1977; dazu: BADIA, Front populaire allemand 1981.

[21] Zur Saarproblematik vgl. ZUR MÜHLEN, „Schlagt Hitler an der Saar!" 1979 sowie MALLMANN, PAUL, Saarländer gegen Hitler 1989.

Bemühungen, die Politik der Gastländer zu beeinflussen[23], werden nur peripher tangiert. Weitgehend ausgelassen wird auch das deutsche Exil in den Niederlanden und Belgien, das sich nur sporadisch der europäischen Neuordnung zugewandt hat. Damit soll jedoch keineswegs die grundsätzliche Bedeutung dieser Exilgruppen für andere Themen der politischen Emigration in Abrede gestellt werden. Auf die innere Neuordnung Deutschlands konzentrierte Nachkriegsplanungen sind nur rekurriert worden, soweit sie für das Verständnis der Europadebatten unerläßlich sind[24].

Mit der Umschreibung „deutsches Exil" wird nicht das deutschsprachige Exil gleichgesetzt. Verfehlt wäre eine formalistische Orientierung an der Staatsbürgerschaft, da viele Emigranten durch Ausbürgerung Staatenlose wurden oder die Staatsangehörigkeit des Gastlandes annahmen. Ein solcher formaljuristischer Ansatz würde dem politischen Exil nicht gerecht, das mehrheitlich gerade gegen die Verabsolutierung der nationalstaatlichen Souveränität und in Teilen sogar für eine europäische Staatsangehörigkeit eintrat. Vielmehr ist der Begriff „deutsches Exil" grundsätzlich zu verstehen als die Gesamtheit aller, die ab 1933 vor dem Nationalsozialismus aus Deutschland flohen. Daher werden die sudetendeutsche und österreichische Emigration ausgeklammert, deren spezifische Problemlagen den thematischen Rahmen dieser Arbeit sprengen würden.

2. Forschungsstand und Quellenlage

Die Geschichtsforschung hat das deutsche Exil unter verschiedenen Fragestellungen beleuchtet und wesentliche Fortschritte in der Erschließung und Auswertung der Quellen verzeichnen können[25]. Auch zum Europagedanken

[22] Zur Bedeutung des spanischen Bürgerkrieges für das deutsche Exil siehe ZUR MÜHLEN, Spanien war ihre Hoffnung ²1985.

[23] Den fehlenden Einfluß auf die Regierungspolitik der Aufnahmeländer betonen auch GLEES, Exile Politics 1982, S. 43, MILLER, Behandlung des Widerstandes 1986, S. 415 und KETTENACKER, Der britische Rahmenplan 1995, S. 57f.

[24] Vgl. dazu z. B. JASPER, Entwürfe 1984, KOEBNER, SAUTERMEISTER, SCHNEIDER (Hg.), Deutschland nach Hitler 1987, KLOTZ, Das „kommende Deutschland" 1983, GREBING, Was wird aus Deutschland nach dem Krieg? 1985, ERLER, WILKE, „Nach Hitler kommen wir" 1997.

[25] Einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand um den Widerstandsbegriff und die zahlreichen Versuche, seiner schillernden Vielfalt Herr zu werden, bieten MALLMANN, PAUL, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? 1993; vgl. ferner die aufschlußreiche staatsphilosophische Untersuchung von MAIER, Tyrannislehre und Widerstandsrecht 1994 sowie den rechtshistorisch orientierten Beitrag von KLEMPERER, Naturrecht und der deutsche Widerstand 1994, S. 43–53. Einen deutsch-deutschen Vergleich der Historiographie des Widerstands unternimmt REICH, Geteilter Widerstand 1994. Speziell zur Widerstandsforschung in der DDR: MAMMACH, Widerstandsbewegung, 1984–1987. Erwähnenswert ist des weiteren die systematische Bibliographie von STEINBACH, TUCHEL (Hg.), Widerstand 1994, S. 623–655. Einen knapperen Überblick

sind zentrale Forschungsergebnisse erzielt worden. Doch ist die Verknüpfung dieser beiden Forschungsfelder bisher kaum gelungen, der Europagedanke im deutschen Exil noch keiner eingehenden Analyse unterzogen worden.

In der Frühphase der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung steht der grundlegende ideengeschichtliche Ansatz von Erich Matthias nahezu einsam da[26], der nicht nur aufgrund des frühen Erscheinungsdatums, sondern auch wegen seiner programmatischen Orientierung Beachtung verdient. Davon abgesehen wurde das Exil zunächst primär von der Literaturwissenschaft aufgearbeitet. Diesbezüglich sei insbesondere auf die Arbeiten von Berendsohn[27] und Sternfeld[28] sowie die 1964 erschienene Anthologie von Hermann Kesten[29] verwiesen. Diese literatur-wissenschaftlich geprägte Phase endete 1965 mit der Ausstellung der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main zur Exilliteratur[30]. Erst seit Ende der 60er Jahre ist auch das politische Exil häufiger zum Forschungsgegenstand geschichtswissenschaftlicher Arbeiten gewählt worden. Dagegen war in der DDR das Exil zwar von Beginn an als Teil des Widerstandes anerkannt, doch wurde hierunter der als allein „antifaschistisch" eingestufte Außenwiderstand der KPD und in Teilen derjenige der Linkssozialisten und Sozialdemokraten verstanden. Die systembedingten Implikationen der DDR-Exilforschung wurden noch gesteigert durch die prominente Stellung ehemaliger Flüchtlinge in der SED wie Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Johannes R. Becher, Paul Merker oder Franz Dahlem. Doch

über die wichtigsten Veröffentlichungen bietet MEHRINGER, Widerstand und Emigration 1997, S. 280–294; vgl. auch die Spezialbibliographien von RUCK, Bibliographie zum Nationalsozialismus 2000, CARTARIUS (Bearb.), Bibliographie „Widerstand" 1984 sowie BÜCHEL, Der deutsche Widerstand 1975.

[26] MATTHIAS, Sozialdemokratie und Nation 1952. Mit einem völkerrechtlichen Teilaspekt beschäftigte sich etwa zur selben Zeit MATTERN, Die Exilregierung 1953; dazu die Ansichten PAETELS, Zum Problem einer deutschen Exilregierung 1956.

[27] BERENDSOHN, Die deutsche Literatur der Flüchtlinge aus dem Dritten Reich, 4 Bde. 1967–1971; DERS., Probleme der Emigration aus dem Dritten Reich, in: APuZ 1956/B XXXII/XXXIII, S. 497–526.

[28] STERNFELD, Emigranten-Presse 1950.

[29] KESTEN, Deutsche Literatur im Exil. Briefe europäischer Autoren 1964; beachte auch DURZAK (Hg.), Die deutsche Exilliteratur 1973. Aus der neueren literaturwissenschaftlichen Exilforschung sei verwiesen auf Band 10 der insgesamt zwölfbändigen Gesamtdarstellung der deutschen Literaturgeschichte: RIEGEL, RINSUM, Drittes Reich und Exil (Deutsche Literaturgeschichte, 10) 2000; ferner SCHMOLLINGER, „Intra muros et extra". Deutsche Literatur im Exil und in der inneren Emigration. Ein exemplarischer Vergleich (Beiträge zur neueren Literaturgeschichte, 3/161) 1999 und FLÜGGE, Wider Willen im Paradies. Deutsche Schriftsteller im Exil in Sanary-sur-Mer 1996.

[30] Vgl. den Ausstellungskatalog von BERTHOLD, Exil-Literatur 1965. 15 Jahre später organisierte die Deutsche Bibliothek eine Ausstellung zum deutschen PEN-Club im Exil, in deren Folge eine monographische Sonderveröffentlichung mit detaillierten Informationen zur Exilphase des PEN-Clubs erschien: PFLUG (Hg.), Der deutsche PEN-Club im Exil 1933–1948 (Sonderveröffentlichungen der Deutschen Bibliothek, 10) 1980.

hat die DDR-Forschung gerade aufgrund des anders gelagerten Schwerpunktes einige aufschlußreiche Studien hervorgebracht[31].

Strukturgeschichtliche Ansätze haben sowohl die ostdeutsche als auch die westdeutsche Exilforschung lange Zeit vermissen lassen, da zunächst Einzelaspekte wissenschaftlich aufbereitet werden mußten. So hat die Geschichtswissenschaft die Spuren der deutschen Emigranten mittlerweile in alle wesentlichen Fluchtländer verfolgt. Neben den Arbeiten der verdienstvollen Forschungsgruppe um Gilbert Badia und Hélène Roussel[32], die sich mit dem deutschen Exil in Frankreich auseinandersetzen, sowie der sozialgeschichtlich orientierten Darstellung von Fabian und Coulmas[33] liegen Untersuchungen vor zum deutschen Exil in Großbritannien[34], der Tschechoslowakei[35], der Schweiz[36], den Niederlanden[37], Italien[38], Schweden[39] und Norwegen[40], der UdSSR[41], den USA[42] und Lateinamerika[43], speziell Mexiko[44]. Die

[31] MITTENZWEI et al. (Hg.), Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil, 7 Bde. 1978–1981; MAMMACH, Deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, Teil I: 1984, Teil II: 1987; BADSTÜBNER, Friedenssicherung und deutsche Frage 1990.

[32] BADIA et al. (Hg.), Les bannis de Hitler 1984; DIES. (Hg.), Les barbelés de l'exil 1979, dort vor allem die instruktive Einführung von BADIA, L'émigration en France, ses conditions et ses problèmes, ibid. S. 11–95.

[33] FABIAN, COULMAS, Deutsche Emigration in Frankreich 1978.

[34] HIRSCHFELD (Hg.), Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, 14) 1983; RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973; GLEES, Exile Politics 1982; aus zeitgenössischer Sicht: LÖWENTHAL, Zur deutschen politischen Emigration in Großbritannien im Zweiten Weltkrieg: Wechselwirkungen und Nachwirkungen, in: NIEDHART (Hg.), Großbritannien als Gast- und Exilland für Deutsche im 19. und 20. Jahrhundert 1985, S. 89–116.

[35] BECHER, HEUMOS, Drehscheibe Prag 1992.

[36] WICHERS, Im Kampf gegen Hitler 1994.

[37] MOORE, Refugees from Nazi Germany in the Netherlands 1933–1940 (Studies in Social History, 9) 1986.

[38] VOIGT, Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien ²1993.

[39] MÜSSENER, Exil in Schweden 1974.

[40] LORENZ, Exil in Norwegen 1992. Einen zusammenfassenden Überblick über das deutsche Exil in Skandinavien vermittelt der von PETERSEN herausgegebene Sammelband: Hitlerflüchtlinge im Norden. Asyl und politisches Exil 1991.

[41] SCHAFRANEK, Zwischen NKWD und Gestapo 1990.

[42] RAGG, German Socialist Emigration in the United States 1977; RADKAU, Deutsche Emigration in den USA 1971; LINK, German political refugees in the United States during the Second World War, in: NICHOLLS, MATTHIAS (Hg.), German Democracy and the Triumph of Hitler. Essays in Recent German History 1971, S. 241–260. Vgl. auch den Aufsatz- und Quellenband von LANGKAU-ALEX, RUPRECHT (Hg.), Was soll aus Deutschland werden? 1995; aus zeitgenössischer Sicht: KUEHL [d. i. Katz], Die exilierte deutsche demokratische Linke in USA, in: Zeitschrift für Politik, Neue Folge 4 (1957), S. 273–289.

[43] ZUR MÜHLEN, Fluchtziel Lateinamerika 1988; KOHUT, ZUR MÜHLEN (Hg.), Alternative Lateinamerika. Das deutsche Exil in der Zeit des Nationalsozialismus 1994; für Argentinien biographisch exemplifiziert: SPITTA, Paul Zech im südamerikanischen Exil 1933–1946. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Emigration in Argentinien 1978.

[44] POHLE, Mexikanisches Exil 1986.

Asylpolitik ausgewählter Exilländer untersucht komparatistisch Katharina Meyer[45]. Auch die biographische Forschung hat eine Fülle von Studien hervorgebracht, von denen für die vorliegende Arbeit neben dem vorzüglichen Biographischen Handbuch zur deutschsprachigen Emigration[46] insbesondere die Biographien zu Waldemar von Knoeringen[47], Otto Braun[48], Erich Ollenhauer[49] und Hans Wehberg[50] sowie die biographischen Sammlungen von Beier[51], Flügge[52], Rajewski und Riesenberger[53] sowie Morsey[54] einschlägig sind.

Zu vielen der im Exil vertretenen oder dort gegründeten politischen Organisationen liegen mittlerweile Monographien vor. Duhnke und Herlemann haben unabhängig voneinander die Entwicklung der KPD und ihre Kommunikationsstruktur untersucht[55], und Bremer zeigt anknüpfend an Drechsler das Exil der SAP[56]. Mehrere Studien existieren zu den Gruppen Neu Beginnen[57] und ISK[58]. Foitzik bietet eine vergleichende Arbeit zu allen „linkssozialistischen Kleinorganisationen"[59]. Für die gewerkschaftliche Emigration ist Stefan Schafheitlin maßgeblich[60]. Grundlegend für die Erforschung der Tätigkeit sozialistischer Bewegungen in der Emigration bleibt Werner Röders fundierte Untersuchung der sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien[61]. Dagegen wird die allzu pauschalierende Studie von Lewis Edinger zu Recht kritisiert[62]. Die konfliktreiche Arbeit der Internationalen Gruppe de-

[45] MEYER, „Keiner will sie haben" 1998.
[46] RÖDER, STRAUSS (Hg.), Biographisches Handbuch 1980–1983.
[47] MEHRINGER, Waldemar von Knoeringen 1989.
[48] SCHULZE, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie 1977.
[49] SEEBACHER-BRANDT, Ollenhauer 1984.
[50] KEINER, Hans Wehberg 1976.
[51] BEIER, Schulter an Schulter, Schritt für Schritt: Lebensläufe deutscher Gewerkschafter. Von August Bebel bis Theodor Thomas 1983.
[52] FLÜGGE, „Paris ist schwer". Deutsche Lebensläufe in Frankreich 1992.
[53] RAJEWSKI, RIESENBERGER, Wider den Krieg. Große Pazifisten 1987.
[54] MORSEY, Zeitgeschichte in Lebensbildern 1973.
[55] DUHNKE, KPD 1972; HERLEMANN, Emigration als Kampfposten 1982. Zur BFDW/CALPO siehe PECH, An der Seite der Résistance. Zum Kampf der Bewegung „Freies Deutschland" für den Westen in Frankreich 1974. Für die KPO einschlägig: BERGMANN, „Gegen den Strom" 1987.
[56] BREMER, SAP 1978; DRECHSLER, SAP 1965.
[57] KLIEM, Neu Beginnen 1957; REICHHARDT, Neu Beginnen 1963; VORHOLT, Neu Beginnen im Exil 1993; LOEWENHEIM, Geschichte der Org (Neu Beginnen) 1995.
[58] LINK, IJB/ISK 1964.
[59] FOITZIK, Zwischen den Fronten 1986.
[60] SCHAFHEITLIN, Gewerkschaften in Widerstand und Exil 1979.
[61] RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973; vgl. ferner MILLER, Sozialistischer Widerstand im Exil: Prag – Paris – London (Beiträge zum Widerstand, 25) 1984.
[62] EDINGER, Sozialdemokratie 1960; harsche Kritik bei RÖDER, Zum Verhältnis von Exil und innerdeutschem Widerstand 1987, S. 30; zur Sopade neuerdings die gut recherchierte Dissertation von BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999, der auch die linkssozialistischen Gruppen NB, SAP und ISK berücksichtigt.

mokratischer Sozialisten in Stockholm hat Misgeld sehr gut nachgezeichnet[63].

Bouvier hat sich mit der DFP beschäftigt[64], während zu den Emigranten des organisierten Pazifismus neben den Beiträgen von Karl Holl hauptsächlich Biographien vorliegen[65]. Den katholischen Pazifisten widmen sich Riesenberger und Höfling[66]. Biographisch strukturiert ist die Darstellung von Rudolf Morsey, der die Widerstandskämpfer und Emigranten aus den Reihen der „christlichen Demokraten" vorstellt[67]. Für den politischen Katholizismus sind im übrigen die Werke von Hürten einschlägig[68]. Zu dem nationalkonservativen Emigranten Hermann Rauschning und dem nationalsozialistischen Hitlerflüchtling Otto Strasser liegen ideengeschichtliche Untersuchungen und Biographien vor[69].

Anfang der 80er Jahre erfuhr die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Exil während des Nationalsozialismus eine spürbare Wiederbelebung. Im Vordergrund standen Einzelstudien mit deutlich interdisziplinärer Tendenz[70]. Seit 1983 gibt die Gesellschaft für Exilforschung ein Jahrbuch heraus, das mit Beiträgen internationaler Exilforscher einen recht weit gesteckten Forschungsbereich von biographischen Studien bis zu sozialgeschichtlichen Analysen und ideengeschichtlichen Zusammenhängen abdeckt[71]. Etwa zur gleichen Zeit legte die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Schwerpunktprogramm „Exilforschung" auf, in dessen Rahmen Manfred Briegel und Wolfgang Frühwald einen breitgefächerten Forschungsbericht herausgeben konnten[72].

Hinsichtlich des politischen Exils ist seit den 80er Jahren – parallel zur Historiographie der Widerstandsforschung – eine merkliche Konzentration auf das linke Spektrum zu verzeichnen[73]. Eine detailliertere Differenzierung der

[63] MISGELD, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten" in Stockholm 1976.
[64] BOUVIER, DFP 1969.
[65] HOLL, Europa des pazifistischen Exils 1992; DERS., Pazifisten, in: KROHN et al. (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1998, Sp. 570–580; KEINER, Hans Wehberg 1976; ACKER, Walther Schücking 1970.
[66] RIESENBERGER, Katholische Friedensbewegung 1976; HÖFLING, Der „Friedensbund Deutscher Katholiken" 1917–1933.
[67] MORSEY, Christliche Demokraten 1985.
[68] HÜRTEN, Deutsche Katholiken 1992; DERS., Politische Positionen 1989; FRÜHWALD, HÜRTEN (Hg.), Christliches Exil 1987.
[69] MÜLLER, Zwischen Rhein und Donau. Abendländisches Denken zwischen deutsch-französischen Verständigungsinitiativen und konservativ-katholischen Integrationsmodellen 1999; DERS., Nationalkonservative Opposition 1986; BARTSCH, Otto Strasser 1990; siehe auch MOREAU, Nationalsozialismus von links 1984; neuerdings auch HENSEL, NORDBLOM (Hg.), Hermann Rauschning 2002.
[70] Vgl. z. B. FRÜHWALD, SCHIEDER (Hg.), Leben im Exil 1981.
[71] Gesellschaft für Exilforschung (Hg.), Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 1983 ff.
[72] BRIEGEL, FRÜHWALD (Hg.), Die Erfahrung der Fremde 1988.
[73] Z. B. BORGERDING et al. (Hg.), Widerstand und Emigration 1982.

verschiedenen politischen Tendenzen im Exil und ihres Charakters als Widerstandsgruppen unternimmt die 1986 erschienene, von Richard Albrecht et al. im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Aufsatzsammlung[74]. Stärker aus der Perspektive der Widerstandsforschung hat Wolfgang Benz in seiner Studie „Widerstand im Exil – Exil als Widerstand"[75] das politische Exil beleuchtet. In jüngerer Zeit hat sich insbesondere Hartmut Mehringer[76] in einer konzisen Untersuchung den Widerstandsbewegungen in der Emigration ein eigenes Kapitel gewidmet und bietet eine aktualisierte Bibliographie. Mit dem 1998 erschienenen Werk „Exil et résistance au national-socialisme 1933–1945" haben Gilbert Krebs und Gérard Schneilin die Verbindungen zwischen deutschem Exil und französischen Widerstandsbewegungen herausgestellt[77]. Einen guten und fundierten Überblick über die verschiedenen Gruppierungen des deutschsprachigen Exils bietet neuerdings das Handbuch der deutschsprachigen Emigration[78].

Diese und andere Arbeiten der letzten 30 Jahre haben wesentlich zur heutigen wissenschaftlichen Kenntnisdichte beigetragen, mit der eine lange Zeit verhinderte Versachlichung der Diskussion um Widerstand und Exil einhergegangen ist. Widerstand aus dem Exil wird nicht mehr pauschal als landesverräterisches Verhalten diffamiert[79], und der Widerstandscharakter des politischen Exils wird kaum mehr geleugnet[80].

Auch die Geschichte des Europagedankens hat nunmehr eine eigene Historiographie. Neben dem Sammelband von August Buck[81] ist in diesem Zusammenhang vor allem die strikt aus europäischer Perspektive geschilderte „History of the idea of Europe" von Pim den Boer[82] zu erwähnen. Sehr aufschlußreich, aber für den Untersuchungszeitraum nur bedingt einschlägig ist die Darstellung von Heinz Gollwitzer[83] zur Ideengeschichte des Europagedankens. Walter Lipgens kommt das Verdienst zu, erstmals aus dezidiert übernationaler Perspektive Quellen zum Europaverständnis der europäischen Widerstands- und Exilgruppen zusammengetragen und erste Auswertungen des Quellenmaterials vorgenommen zu haben[84]. Ungeachtet des ten-

[74] ALBRECHT et al. (Hg.), Widerstand und Exil 1986.
[75] BENZ, Widerstand im Exil – Exil als Widerstand 1991.
[76] MEHRINGER, Widerstand und Emigration 1997.
[77] KREBS, SCHNEILIN, Exil et résistance au national-socialisme 1998.
[78] KROHN et al. (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1998.
[79] Vgl. SATOR, Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff 1997, S. 151.
[80] Diesbezüglich ibid. S. 160, Anm. 9: Sator hebt eine der wenigen Ausnahmeerscheinungen der modernen Forschung hervor, die mit angedeutetem Blick auf den 20. Juli 1944 zwischen einem „wahren Widerstand" und der nachrangigen „Opposition" anderer Gruppen unterscheidet: CARTARIUS, Opposition gegen Hitler. Bilder, Texte, Dokumente 1994.
[81] BUCK, Europa-Gedanke 1992.
[82] Den BOER et al. (Hg.), The History of the idea of Europe 1995.
[83] GOLLWITZER, Europabild und Europagedanke 1964.
[84] LIPGENS, LOTH, Documents, 1985–1990; Quelleninterpretationen finden sich so-

denziell durchschimmernden Antikommunismus zeichnen sich Lipgens' Forschungsergebnisse durch einen hohen Abstraktionsgrad aus und beweisen schlüssig, daß der Europagedanke zwischen 1918 und 1945 eine qualitativ neue Stufe erreicht hat[85]. Weniger auf den Europagedanken als auf die allgemeinen Ideen zur Friedenssicherung nach dem Zweiten Weltkrieg stellen die Beitragssammlungen von Koebner, Sautermeister und Schneider[86] sowie von Dumoulin[87] ab.

Die Verknüpfung der Geschichte des Europagedankens im 20. Jahrhundert mit der politischen Widerstandsarbeit des deutschen Exils ist bisher kaum eingehend untersucht worden. Annäherungen an dieses Thema sind nahezu ausnahmslos auf einzelne Gruppen, insbesondere auf die linkssozialistischen und sozialdemokratischen Organisationen beschränkt geblieben. Erich Matthias konzentriert sich auf die Sopade und postuliert eine grundsätzliche Unterscheidung der Sozialdemokraten in Verfechter einer Westorientierung und solche einer Ostorientierung – eine These, die in dieser Pauschaldifferenzierung heute nicht mehr aufrechterhalten werden kann[88]. Neben der trotz allem richtungweisenden Arbeit von Matthias finden sich noch zwei kleinere Aufsätze von Wilfried Loth[89] und Cornelia Regin[90] zu sozialistischen Europakonzepten. Während Loth kenntnisreich der auffallenden Diskrepanz zwischen dem Europabekenntnis der Weimarer SPD und ihrer diesbezüglichen Zurückhaltung in den ersten Jahren der Bundesrepublik nachgeht, widmet sich Regin in ihrem konzisen Beitrag den wirtschaftlichen Föderationsplänen von Sopade, ISK, Neu Beginnen und SAP. Als untergeordneten Gesichtspunkt bietet Röder[91] in seiner im übrigen grundlegenden Untersuchung über das sozialistische Exil in Großbritannien eine auf vier Seiten gedrängte und notwendig verkürzte Zusammenfassung. Neuerdings ist Rainer Behring mit einer Dissertation über die außenpolitischen Vorstellungen der exilierten Sozialdemokraten eine gut recherchierte und stringente Würdigung der sozialistischen Emigration gelungen[92]. An Behrings Studie, die auch die linkssozialistischen Gruppierungen berücksichtigt, ist vor allem der systematische Ansatz bemerkenswert, der im Rahmen der außenpolitischen Konzeptionen auch den Europadebatten gebührenden Raum läßt. Im Vordergrund dieser Dissertation steht deutlich die Arbeit der Sopade, so daß

wohl in den ausführlichen Kapiteleinleitungen dieser umfangreichen Quellensammlung sowie in LIPGENS, Anfänge 1977.

85 Für den europäischen Integrationsprozeß nach 1945 maßgeblich: LOTH, Weg nach Europa ³1996.

86 KOEBNER, SAUTERMEISTER, SCHNEIDER (Hg.), Deutschland nach Hitler 1987.

87 DUMOULIN (Hg.), Plans des temps de guerre 1995.

88 MATTHIAS, Sozialdemokratie und Nation 1952.

89 LOTH, Von Heidelberg nach Godesberg: Europa-Konzepte der deutschen Sozialdemokratie zwischen Utopie und Politik, in: FS für Peter Krüger [noch unveröffentlicht].

90 REGIN, „Die Wirtschaft im neuen Europa" 1996.

91 RÖDER, Sozialistische Exilgruppen ²1973.

92 BEHRING, Demokratische Außenpolitik 1999.

die Untersuchungen zu den linkssozialistischen Gruppen recht knapp geraten. Behring übersieht leider die bedeutenden Ausarbeitungen des SPD-Mitglieds und IGB-Funktionärs Gerhard Kreyssig. Doch bleibt die hohe Qualität dieser Arbeit davon unberührt. Mit den Europavorstellungen der heterogenen Gruppe der Pazifisten beschäftigt sich Karl Holl im Rahmen eines kleineren Beitrages[93].

Die Thematik der vorliegenden Studie ist bisher allein von Klaus Voigt aufgegriffen worden[94]. Durch die Auswahl von 30 zumeist veröffentlichten Quellen stellt Voigt den wichtigen Zusammenhang zwischen der Debatte um eine europäische Nachkriegsordnung und der Diskussion um eine weltweite Friedenssicherung dar. Darüber hinaus nimmt der Herausgeber der Quellensammlung eine erste ideologische Kategorisierung der Quellen vor und unterscheidet dabei KPD, Sopade und linkssozialistische Gruppen, Liberale und Pazifisten, katholische Pazifisten und frühere Zentrumspolitiker sowie Konservative, wobei die letztgenannte Gruppe sich im Wesentlichen auf den ehemaligen Senatspräsidenten der Freien Stadt Danzig, Hermann Rauschning, beschränkt. Die in den Kapiteleinführungen enthaltenen Interpretationsansätze bieten keinen Raum für eine eingehende Quellenanalyse und lassen zudem die Frage nach einer gruppenübergreifenden Diskurstypologie ebenso unberücksichtigt wie die systematische Untersuchung der wesentlichen Konvergenzen und Divergenzen[95]. Thematisch ist hier auch Gerhard Pauls Aufsatz zu nennen[96]. Aktuell erfährt der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften erhöhte Aufmerksamkeit durch die von Michel Grunewald und Hans Manfred Bock herausgegebenen Kolloquienbände. Für den Zeitraum von 1933 bis 1939 sind acht der fünfzehn Beiträge der Europadiskussion in ausgewählten Exilzeitschriften gewidmet[97]. Leider setzt der Folgeband erst mit den Europadiskussionen ab 1945 ein[98], so daß der gesamte Europadiskurs der Kriegszeit unberücksichtigt bleibt.

Bei der Quellenrecherche stand nicht die Suche „nach dem Auftauchen des Begriffs ‚Europa' in den Quellen"[99] im Vordergrund, sondern vielmehr die Ermittlung des zeitgebundenen Kontextes, sei es hinsichtlich der spannungsgeladenen Ereignisse in Europa, des wachsenden Einflusses der beiden außereuropäischen Weltmächte USA und Sowjetunion oder auch biographischer Implikationen wie dem persönlichen Werdegang und dem politischen

[93] HOLL, Europa des pazifistischen Exils 1992.
[94] VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988.
[95] Eine zusammenhängende Darstellung der Gedanken und Forschungsergebnisse Voigts enthalten seine drei diesbezüglichen Aufsätze, die jedoch im wesentlichen nicht über die Begleittexte seines Quellenbandes hinausgehen: VOIGT, L'Idée européenne 1995, DERS., Europa-Ideen des deutschen Exils 1992, DERS., Europäische Föderation und neuer Völkerbund 1987.
[96] PAUL, Zauberformel 1992.
[97] GRUNEWALD, BOCK (Hg.), Le Discours Européen (1933–1939) 1999.
[98] DIES. (Hg.), Le Discours Européen (1945–1955) 2001.
[99] KRÜGER, Europagedanke in der Weimarer Republik 1996, S. 27.

Selbstverständnis. Mithin rekrutiert sich die zugrunde gelegte Quellenbasis nicht nur aus der veröffentlichten Exilpublizistik (Exilpresse, Rundfunkansprachen, Programme, Aufrufe, Flugblätter, Broschüren und Bücher), sondern zu einem bedeutenden Teil auch aus unveröffentlichten Sitzungsprotokollen, Diskussionspapieren und Manuskripten sowie in der Regel unveröffentlichter Partei-, Redaktions- und Privatkorrespondenz.

Dabei erweist sich die Quellenlage als gut. Umfangreiche Bestände der Exilpresse und -publizistik in deutscher, französischer und englischer Sprache konnten in der Bibliothèque de Documentation Internationale Contemporaine in Nanterre ausgewertet werden. Hierzu zählen vor allem die in Paris erschienenen Zeitschriften *Cahiers d'Europe*, *Deutsche Freiheitsbriefe* und *Deutsche Revolution* sowie die für das englische Exil wesentlichen Zeitschriften *Socialist Commentary* und *Contemporary Review* und der paneuropäische Nachrichtendienst *Der Europäer*. Während die Bibliothèque Nationale de France eine recht hilfreiche Sammlung deutscher Exilpresse bereithält, finden sich in den Archives nationales de France einige bisher kaum zur Kenntnis genommene Dokumente zum deutschen Exil in Frankreich, wobei dem vollständig archivierten Redaktionsarchiv der Exilzeitschrift *Die Zukunft* sowie einigen Dokumenten der KPD aus der Zeit von 1934 bis 1939 besondere Bedeutung zukommt[100]. Darüber hinaus ist die im Archiv der sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn sowie der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main archivierte Exilpublizistik ausgewertet worden.

Aufschlußreiche unveröffentlichte Dokumente finden sich in den Bonner Beständen zur Emigration-PV Sopade und zum IJB/ISK, im SAP-Archiv und im Willy-Brandt-Archiv. Die SAPMO im Bundesarchiv Berlin hat insbesondere mit der Sammlung des KPD-Zentralkomitees (Abteilung Agitation und Propaganda) und den Beständen zur Emigration in Frankreich und zur Emigration in England reichhaltiges Quellenmaterial archiviert. Auch die Collection Neu Beginnen im Instituut voor Sociale Geschiedenis in Amsterdam enthält einschlägige Dokumente.

Zahlreiche unveröffentlichte Quellen bieten die Exilanten-Nachlässe. Sowohl das Archiv der sozialen Demokratie mit den ergiebigen Nachlässen von Friedrich Stampfer, Gerhard Kreyssig, Waldemar von Knoeringen, Erwin Schoettle, Walter Fliess und Walter Auerbach sowie der Korrespondenz von Kurt Hiller und Kurt Englich als auch die SAPMO im Bundesarchiv in Berlin mit den Nachlässen von Leopold Schwarzschild, Carl Spiecker, Franz Dahlem, Paul Merker und Wilhelm Pieck verfügen über wichtige Bestände. Durch die in der Hauptgeschäftsstelle des Bundesarchivs in Koblenz verwahrten Nachlässe von Arnold Brecht, Joseph Wirth, Ludwig Quidde und

[100] Das Redaktionsarchiv der *Zukunft* umfaßt die Bestände ANF, F^7 15123–15130. KPD-Dokumente finden sich in den Beständen ANF, F^7 15131, 15132. Darüber hinaus enthält der Bestand ANF, F^7 14716 Korrespondenz der beiden Sopade-Vorstandsmitglieder Erich Ollenhauer und Hans Vogel.

Hubertus Prinz zu Löwenstein konnten wichtige Erkenntnisse über die Europavorstellungen des liberalen und christlich-konservativen Exils gewonnen werden. Im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München haben sich vor allem die Nachlässe von Otto Strasser, Kurt R. Grossmann, Kurt Glaser und Wilhelm Hoegner für das tiefere Verständnis des Europadiskurses als hilfreich erwiesen.

Mit seiner umfassenden Quellenedition „Documents on the History of European Integration" hat Walter Lipgens den Grundstein für eine sorgfältige Analyse der Entwicklungsgeschichte des Europagedankens seit 1939 gelegt. Für die Europapläne der deutschen Emigration sind primär die ersten beiden Bände der Dokumentation einschlägig: Band I enthält Nachkriegspläne der französischen Résistance und der innerdeutschen Widerstandsbewegungen[101]. Band II widmet sich im zweiten Teil den Europavorstellungen des Exils und legt in Kapitel 4.2 auch einige Dokumente des deutschen Exils vor[102]. Auch in den Quellensammlungen „45 Jahre Ringen um die europäische Verfassung"[103] und „Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945"[104] hat Walter Lipgens aufschlußreiches Quellenmaterial zur Verfügung gestellt, dessen ausführliche Auswertung noch aussteht. 1988 veröffentlichte Klaus Voigt die erwähnte kommentierte Quellensammlung, die sich in 30 als „Schlüsselquellen" definierten Dokumenten erschöpft[105]. Über die sozialdemokratische Emigration hat Erich Matthias 1968 eine von Werner Link bearbeitete Quellensammlung veröffentlicht, die vorrangig auf dem Nachlaß des ehemaligen Chefredakteurs des *Vorwärts*, Friedrich Stampfer, basiert[106].

Aus der umfangreichen Archivaliensammlung des Archivs der sozialen Demokratie sind einzelne Teilbestände veröffentlicht worden. So haben Marlis Buchholz und Bernd Rother 1995 die Vorstandsprotokolle der Sopade bearbeitet[107], und schon 1980 erschienen die „Grünen Berichte" der Sopade in sieben Bänden[108]. Darüber hinaus sind einzelne Schriften gesondert der Öffentlichkeit vorgestellt worden, so zum Beispiel Klotzbachs Edition dreier Beiträge der frühen Exilphase von Miles (d. i. Walter Loewenheim), Otto Bauer und Curt Geyer[109].

101 LIPGENS (Hg.), Documents, Bd. I: Continental Plans 1985.
102 DERS. (Hg.), Documents, Bd. II: Plans for European Union in Great Britain and in Exile 1939–1945, Kapitel 4.2: Ideas of German Exiles on the Postwar Order in Europe 1986, S. 555–628.
103 DERS. (Hg.), Europäische Verfassung 1986.
104 DERS. (Hg.), Föderationspläne 1968.
105 VOIGT (Hg.), Friedenssicherung 1988.
106 MATTHIAS (Hg.), Mit dem Gesicht nach Deutschland 1968.
107 BUCHHOLZ, ROTHER (Bearb.), Parteivorstand 1995.
108 Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, 7 Bde. 1980.
109 KLOTZBACH (Hg.), Drei Schriften aus dem Exil (Internationale Bibliothek, 76) 1974.

Für die vorliegende Thematik sind die Quellensammlungen von Ludwig Eiber zur Union deutscher sozialistischer Gruppen in Großbritannien[110], Ursula Langkau-Alex für den amerikanischen Council for a Democratic Germany[111] sowie der von Einhart Lorenz bearbeitete zweite Band der Berliner Ausgabe der Schriften Willy Brandts[112] einschlägig.

Schließlich sei auf einige Autobiographien namhafter Emigranten verwiesen, so von Willy Brandt[113], Stefan Szende[114], Wilhelm Hoegner[115], Friedrich Stampfer[116] und Hubertus Prinz zu Löwenstein[117], den Schriftstellern Lion Feuchtwanger[118], Alfred Kantorowicz[119], Maximilian Scheer[120] und Klaus Mann[121] sowie die von Dora Schaul herausgegebene Memoiren-Sammlung „Résistance"[122]. Hervorzuheben ist Gustav Reglers Autobiographie „Das Ohr des Malchus"[123], die für ein differenziertes Verständnis der Zeitgeschichte als grundlegend bezeichnet werden kann.

110 EIBER (Hg.), Union 1998.
111 LANGKAU-ALEX, RUPRECHT (Hg.), Was soll aus Deutschland werden? 1995.
112 BRANDT, Berliner Ausgabe, hg. v. GREBING, SCHÖLLGEN, Band 2: Zwei Vaterländer, bearb. v. LORENZ 2000; beachte auch den komplementären Band 1: Hitler ist nicht Deutschland, bearb. v. LORENZ 2000.
113 BRANDT, Links und frei 1982 und DERS., Erinnerungen 1989.
114 SZENDE, Zwischen Gewalt und Toleranz. Zeugnisse und Reflexionen eines Sozialisten 1975.
115 HOEGNER, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten ²1975.
116 STAMPFER, Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben 1957.
117 LÖWENSTEIN, Botschafter ohne Auftrag. Lebensbericht 1972.
118 FEUCHTWANGER, Der Teufel in Frankreich. Erlebnisse 1954 (ursprünglich 1942 unter dem Titel „Unholdes Frankreich" erschienen).
119 KANTOROWICZ, Exil in Frankreich. Merkwürdigkeiten und Denkwürdigkeiten 1971.
120 SCHEER, So war es in Paris 1966.
121 MANN, Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht 1976.
122 SCHAUL (Hg.), Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten 1975.
123 REGLER, Das Ohr des Malchus 1958.

II. EUROPA IN WEIMAR: SENSIBILISIERUNG ZWISCHEN VERSAILLES UND GENF

Der Europadiskurs des Exils skizzierte Modellentwürfe politisch motivierter Gruppen und Individuen für eine spätere Epoche, ein *Europe pensée* für eine ferne Zukunft. Dabei griffen sie auf die Erinnerung an die häufig persönlich miterlebten Europabestrebungen in der Zwischenkriegszeit zurück – die optimistisch stimmenden Ansätze eines *Europe vécue* ebenso wie deren deprimierende Zerstörung zwischen den Nationalismen und Uneinsichtigkeiten der Jahre 1918/19 bis 1933. Diese Sensibilisierung für ein zumeist nur unscharf skizziertes Europa der Zukunft befand sich nach 1933 in Form persönlicher Wahrnehmungen, Reflexionen, Enttäuschungen und Hoffnungen im dürftigen Gepäck der Emigranten. Die in der Emigration häufig verbalisierte Enttäuschung über das Versagen des Völkerbundes als Friedensgarant und überstaatlicher Schlichter und die Philippiken gegen das Vertragswerk von Versailles zeigen, daß „Europabewußtsein häufig auch erst als Folge konkreter Einigungsresultate"[1] – oder eben auch gescheiterter Einigungsbemühungen entsteht. Nahezu alle im Exil ausgearbeiteten Europakonzepte enthalten Details, die unmittelbar aus der Kenntnis tatsächlich vorhandener Institutionen und den realen Erfahrungen menschlicher und politischer Unzulänglichkeiten erwachsen sind[2].

Die Sensibilisierung für den Europagedanken wurde in der Zwischenkriegszeit entwickelt, deren realpolitische Ansätze die späteren Emigranten weitaus nachhaltiger geprägt haben als der zunehmend isolierte Diskurs über das Ideal eines gemeinsamen Europas[3]. Im Exil erwiesen sich primär der Versailler Vertrag und der Völkerbund nicht nur als ständige Diskursbegleiter, sondern auch als häufig genutzte Negativfolien für modifizierte oder alternative Europakonzepte.

Im folgenden soll der Bewußtseins- und Erfahrungshorizont des Europadiskurses im Exil skizziert werden, soweit dies für das Verständnis der Quellenanalyse notwendig ist. Dabei wird das Kriegsende 1918 als geistes- und

[1] BOSMANS, Einleitung, in: DERS. (Hg.), Europagedanke 1996, S. 7.

[2] Die parteipolitischen und programmatischen Stellungnahmen aus der Weimarer Zeit werden eingehend bei der Erörterung der Europabilder im Exil 1933–1937 berücksichtigt (Kapitel II. 2.). Zu den Europavorstellungen der Schriftsteller siehe die umfassende Studie von LÜTZELER, Schriftsteller und Europa 1992, insb. S. 312 ff. Die publizistische Debatte in den zeitgenössischen Zeitschriften wird eingehend behandelt in GRUNEWALD, BOCK (Hg.), Le discours européen (1918–1933) 1997.

[3] KRÜGER, Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1984, S. 149 betont zurecht: „Indem man aber das übernationale Ideal und die politische Zielvorstellung zur Basis nahm, berührte man den eigentlichen Beitrag der Weimarer Republik zur Grundlegung einer europäischen Staatengemeinschaft kaum."

völkerrechtshistorische Zäsur erläutert und die daran anknüpfenden realpolitischen Ansätze in den Wahrnehmungsfeldern (Regierungs)Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – gleichsam als *Europe vécue* der Zwischenkriegszeit – nachgezeichnet. Selbstverständlich sind die drei Wahrnehmungsfelder nicht voneinander zu trennen, sondern in ihrer historischen Interdependenz zu betrachten: „Il ne fait aucun doute que le mouvement vers l'intégration économique de l'Europe au XXe siècle ne peut être séparé de son contexte politique général et que les interactions sont nombreuses dans cette marche en avant entre les champs politique, culturel et économique."[4]

1. Die historische Zäsur – der Erste Weltkrieg

Der prominente Emigrant Heinrich Mann, Identifikationsfigur des literarischen Exils, legte in seinem einzigen im Exil beendeten Werk „Henri Quatre" dem Titelhelden die selbstlos und weitblickend klingenden Worte in den Mund:

„Der Friede ist seinen Preis wert, wenn nicht wir allein ihn tragen, sondern alle christlichen Staaten überein. Ich und meine Verbündeten werden alle überzeugen, wo ihr Vorteil und ihre Sicherheit sind. Nirgends sonst, als in einem Völkerbund."[5]

Mann, der sich mehrfach auch über die künftige Ordnung des europäischen Kontinents äußerte[6], suggeriert hier eine geistesgeschichtliche Kontinuität europäischer Zusammengehörigkeit und Völkerverständigung, die bis heute in keiner Veröffentlichung zum Europagedanken unerwähnt bleibt. Doch handelt es sich dabei um ein letztlich geistiges Konstrukt, denn die Motivationen, die 1610 den „Grand Dessein" des Herzogs von Sully trugen, erfuhren mit dem Ende des Ersten Weltkriegs eine solch tiefgreifende, revolutionäre Änderung, daß von einer ideengeschichtlichen Kontinuität kaum mehr gesprochen werden kann.

Die von Heinrich Mann intendierte Idealisierung sowohl der Herrscherpersönlichkeit Heinrichs IV. als auch des „Grand Dessein" war gemeint als politisch-literarisches Manifest für ein anderes als das von Mann erlebte Europa, ein Gegenentwurf zur realen Welt[7]. In einem Brief an Carl Stern-

[4] BUSSIÈRE, Les milieux économiques 1997, S. 5.

[5] MANN, Henri Quatre o. J., S. 850.

[6] Vgl. dazu die Dissertation von KEIM, Europagedanke Heinrich Manns 1989, die stellenweise mit einer überschießenden Innentendenz behaftet ist und den eher vagen Europavorstellungen Manns die höheren Weihen einer durchdachten Gesamtkonzeption zu verleihen versucht.

[7] Vgl. die literaturwissenschaftliche Exegese von HAHN, Heinrich Manns „Henri Quatre" 1981. Für den heutigen Betrachter gewinnt Hahns Darstellung vor allem durch die Kenntnis der auch politisch intendierten Diskrepanz zwischen der in der DDR praktizierten Staatsverehrung Heinrich Manns einerseits und der auch politisch motivierten westdeutschen Ignoranz gegenüber dem Werk des älteren Mann-Bruders andererseits.

heim vom 29. Mai 1937 stimmte Heinrich Mann dem Urteil seines Bruders Thomas zu, „Henri Quatre" sei „Synthese und Résumé" seiner ganzen Lebenserfahrung: „In diesem König hatte ich, gleich bei der ersten Bekanntschaft, die glänzendsten Anlagen gefühlt, wußte aber noch nicht, daß er mitsamt seiner Welt sich so herauswachsen würde. Jetzt paßt ihm jeder Gedanke, der mich bewegt, und mit dem Alter, seinem und meinem, stimmt es immer besser."[8] Dem eigentlichen Verfasser des „Grand Dessein", dem Herzog von Sully, ging es tatsächlich um die Lösung der beiden damals zentralen machtpolitischen Probleme[9]: die Beseitigung der Übermacht Habsburgs in Europa durch deren Verdrängung nach Lateinamerika und Asien sowie die Handhabung der Kirchenspaltung durch die Anerkennung der drei Konfessionen und eine strenge Umsetzung des Grundsatzes *cuius regio eius religio*. Wenngleich der Sully-Plan jeden Europa-Enthusiasmus als völlig zeituntypisch vermissen läßt, liegt seine übergeordnete Bedeutung dennoch in der Tatsache, daß der „Grand Dessein" neben dem fast 140 Jahre zuvor erschienenen Plan Dubois' zu den ersten europäischen Entwürfen zählt, die im Zeichen des entstehenden Souveränitätsgedankens geschrieben wurden.

Deutlich visionärer als Sullys pragmatische Überlegungen nimmt sich das umfassende Reformwerk Pierre Dubois' aus dem Jahre 1306 aus[10]. Unter dem Eindruck der Auseinandersetzungen französischer Kronjuristen mit Papst Bonifaz VIII. um den in der Bulle *Unam Sanctam* dogmatisierten päpstlichen Weltherrschaftsanspruch verlangte Dubois die politische Einheit der Katholiken unter Einschluß des byzantinischen Kaisers zur Vorbereitung eines Kreuzzuges in das seit 1291 verlorene Heilige Land. Das zu diesem Zweck einzuberufende Fürstenkonzil sollte nach Dubois als Kern eines christlichen Bundes gleichberechtigter Fürsten dienen, der die Einheit der Christenheit sowohl nach außen als auch nach innen gegen bellizistische Mitglieder zu schützen habe. Wesentlich war für Dubois der Konzilsgedanke, den er mit dem Vorschlag verband, den Papst gegen Entgelt unter die Oberherrschaft des französischen Königs zu stellen, um ihm die Konzentration auf die wahrhaft geistigen Aufgaben zu ermöglichen. Doch zielte die von Dubois konzipierte *Recuperatione Terre Sancte* eben nicht auf die Veränderung der bestehenden Welt, sondern die Errichtung einer neuen Welt, wodurch die Utopie seiner übergeordneten Zielsetzung unterstrichen wird[11].

[8] Zit. n. ibid. S. 463.

[9] Zu Sullys Ansatz vgl. insbesondere MALETTKE, Konzeptionen kollektiver Sicherheit 1992 sowie FOERSTER, Europa 1967, S. 131–143.

[10] Vgl. dazu den unverändert aufschlußreichen Aufsatz von OEXLE, Utopisches Denken 1977 sowie die Überblicksdarstellung bei FOERSTER, Europa 1967, S. 60–75.

[11] OEXLE, Utopisches Denken 1977, S. 339 bemerkt hierzu: „Aber bei allem Staats-Optimismus, der Dubois im französischen Staat seiner Zeit ein Instrument zur Verwirklichung seiner Vorschläge sehen ließ, sollte doch dieser Staat keineswegs auch der Ort sein, an dem er seine Vorschläge verwirklicht sehen wollte. Dafür war vielmehr ein neuer Ort, die *Terra Sancta* bestimmt. [...] Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß die *Terra Sancta* des Dubois außerhalb der *res publica christiana*, außerhalb der Ge-

In den folgenden Jahrhunderten wurden der Öffentlichkeit immer wieder Pläne für eine Einigung Europas vorgestellt[12]. Besondere Beachtung verdienen die Überlegungen von Comenius (1645)[13], William Penn (1693)[14], John Bellers (1710)[15], Saint-Pierre (1712)[16], dessen „Mémoires" Jean Jacques Rousseau 1761 wieder aufgriff, Immanuel Kant (1795)[17], François de Paoli Chagny[18] (1813) und Pierre Joseph Proudhon (1863)[19]. Gemeinsam war all

meinschaft christlicher Staaten und Völker lag. Vielleicht war es dies, was die *Terra Sancta* im Denken des Pierre Dubois zu einem Wunschtraum hat werden lassen."

12 Einen unverändert lehrreichen und lesenswerten Überblick aus der Emigrationszeit bietet WEHBERG, Ideen und Projekte betreffend die Vereinigten Staaten von Europa in den letzten 100 Jahren, in: Friedenswarte, 41. Jg. (1941), S. 49ff.

13 Der tschechische Pädagoge Amos Comenius (Johan Amos Komensky) schlug 1645 auf der Grundlage seines pansophischen Ansatzes einer Allweisheitslehre einen Weltbund der Christenheit vor, bestehend aus drei Teilbereichen: Kultur, Politik, Religion, *„eine wohlgeordnete, durch gleiche Bande gleichen Wissens, gleicher Gesetze und wahrer Religion verbundene Gemeinschaft"*, zit. n. FOERSTER, Europa 1967, S. 162.

14 PENN, Essay toward the Present and Future Peace of Europe, London 1693. Der Quäker kam nach seinen Erfahrungen als Gründer und erster Gouverneur von Pennsylvania zu dem Schluss, nur ein auf gemeinsamem Recht basierender Bund der Völker, die in einem Bundesparlament mit staatseinkommensabhängiger Stimmgewichtung vertreten sein sollten, könne den Frieden dauerhaft gewähren. Auch Penns Entwurf beruhte – von einem Quäker nicht anders zu erwarten – auf dem Wunsch, das Christentum zu stärken. Doch übertrug er – unter dem Einfluss seines Freundes John Locke – erstmals die Idee eines einheitlichen Rechts auf die Ebene der internationalen Beziehungen; vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 163–170.

15 BELLERS, Some Reasons for a European State, proposed to the Powers of Europe, by an Universal Guarantee, and an Annual Congress, Senate, Dyet, or Parliament, to settle any disputes about the bounds and rights of Princes and States hereafter, London 1710. Bellers bezog sich sowohl auf Sullys „Grand Dessein" als auch auf Penns Ansatz, wobei er unter Beibehaltung der bisherigen Staatengrenzen die Aufteilung Europas in 100 Kantone vorschlug, die je einen Delegierten in ein europäisches Parlament senden; vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 330f. Bemerkenswert an Bellers Entwurf ist vor allem seine Rezeption durch den Sozialdemokraten Eduard BERNSTEIN, der in seiner noch während des Ersten Weltkrieges erschienenen Schrift „Völkerbund oder Staatenbund" ²1919 für sich beansprucht, John Bellers als erster wiederentdeckt zu haben (S. 5f.).

16 Mémoires pour rendre la Paix perpétuelle en Europe (anonym). Saint-Pierre führte in seinem berühmten Vorschlag eines europäischen Fürstenbundes erstmals das Prinzip der Mehrheitsentscheidung ein; vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 173–186. 1761 widmete sich Jean Jacques Rousseau dem Werk Saint-Pierres und überarbeitete dessen Europaplan unter Einfügung zahlreicher eigener Gedanken.

17 KANT, Zum Ewigen Frieden. Mit dieser noch vom deutschen Exil 1933–1945 vielfach zitierten Schrift leitete Kant die Wende von zumeist akademischen Utopien eines europäischen Staatenbundes zu einem an den konkreten Realisierungsmöglichkeiten orientierten Ansatz ein. Wesentliche Voraussetzung jeder europäischen Föderation war für Kant das republikanische Ordnungsprinzip; vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 209–219.

18 Paoli-Chagnys Entwurf für drei Staatenbünde – eine internationale „Föderation der Monarchen" unter dem Ehrenvorsitz des preußischen Königs sowie zwei nachgeordnete Bünde deutscher Staaten unter dem Protektorat des Zaren bzw. italienischer Staaten unter dem Protektorat des österreichischen Kaisers – wurde dem Wiener Kongreß vorgelegt; vgl. FOERSTER, Europa 1967, S. 343f.

19 PROUDHON, Du principe fédératif et de la nécéssité de reconstituer le parti de la ré-

diesen Entwürfen, daß sie entweder auf die Stärkung der Christenheit und die Überwindung der dogmatischen Kirchenspaltung abzielten oder die Errichtung bzw. Manifestierung einer europäischen Hegemoniemacht im Blick hatten. Des öfteren diente die Idee des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation als Folie[20]. Noch während des Ersten Weltkrieges als dem Höhe- und Wendepunkt des europäischen Imperialismus stand der Europagedanke im Zentrum diverser nationaler Hegemonialpläne, die im Deutschen Reich durch zahlreiche Mitteleuropa-Konzeptionen repräsentiert wurden[21] und in dem 1915 erschienenen Werk von Friedrich Naumann[22] eine primär ökonomisch motivierte Deutung erfuhren[23].

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges trat in der ideen- und völkerrechtshistorischen Entwicklung des Europagedankens ein fundamentaler Wandel ein, der die europäische Motivationslage grundlegend ändern und in ein völlig neues Bedingungsfeld stellen sollte. Dieser Umbruch sei mit der Benennung der fünf ausschlaggebenden Faktoren kurz zusammengefaßt: das Ausmaß von Gewalt und Leiden, bedingt durch den technisch-militärischen Fortschritt; die weltwirtschaftliche Abhängigkeit Europas von den USA und das allgemeine Phänomen zunehmender weltwirtschaftlicher Interdependenz; Europas beginnender Niedergang als Machtzentrum der Weltpolitik; die faktische Überwindung der nationalstaatlichen Souveränität durch die weltpolitische Dichotomie und die im Gegenzug einsetzende emotionale Überhöhung der Nation.

War der Verlust der wirtschaftlichen Vorreiterrolle Europas schon seit längerem prognostiziert worden, so überraschte der Machtverlust in der Weltpolitik die Zeitgenossen in einem solchen Ausmaß, daß kaum jemand diese Konsequenz des Weltkrieges als grundlegenden Einschnitt hinzunehmen bereit war. Europa konnte nicht einmal seine eigenen Angelegenheiten mehr ohne außereuropäische Hilfe lösen und hatte erst recht die Kompetenz zur Lösung weltpolitischer Konflikte eingebüßt. Als das alte Europäische Konzert zerbrach, veränderten sich grundlegend auch die Positionen Großbritanniens und Frankreichs und schwächten ihre Bedeutung im globalen

volution, Paris 1863. Proudhons Anliegen bestand vor allem in der Verhinderung einer monarchistischen Restauration, die er durch die Aufteilung aller europäischen Staaten in Klein- und Kleinstföderationen unter dem gemeinsamen Dach einer „confédération des fédérations" zu verwirklichen glaubte; vgl. BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 13f., insb. Anm. 34. In der Nachfolge Proudhons entwickelte der französische Jurist George Scelle im 20. Jahrhundert seine Theorie der Internationalen Organisationen.

[20] Zum Heiligen Römischen Reich als europäischem Ordnungsprinzip: HAMMERSTEIN, Heiliges Römisches Reich deutscher Nation und Europa 1992.

[21] Zur „Weltreichtheorie" eines vereinten Mitteleuropas unter deutscher Führung vgl. ULLRICH, Polnische Frage 1984 und GUTSCHE, Mitteleuropaplanungen 1972. Zu den wilhelminischen Mitteleuropaplänen auch THEINER, „Mitteleuropa"-Pläne 1984.

[22] NAUMANN, Schriften zum Mitteleuropaproblem, in: DERS., Werke, Bd. 4, 1964, S. 374–977. Die geistig-politische Werksgeschichte faßt zusammen: VILLAIN, Mitteleuropakonzeption Friedrich Naumanns 1977.

[23] Vgl. GUTSCHE, Mitteleuropaplanungen 1972, S. 537.

Machtgefüge[24]. Schon auf der Flottenkonferenz von Washington 1922 manifestierte sich das Ende der britischen Ära in der Angleichung der US-amerikanischen Flottenstärke an die britische[25]. Unmittelbare Folge dieser Entwicklung war die Ablösung des weltpolitischen Zentrums Europa durch ein politisch-ideologisches Spannungsfeld: Der Aufstieg der außereuropäischen Weltmächte USA und UdSSR trug seit der russischen Oktoberrevolution den Nukleus einer globalen Dichotomie in sich, auch wenn beide Staaten zunächst noch einmal auf sich selbst zurückgeworfen wurden: Die Westmacht verfolgte einen gemäßigt isolationistischen Kurs, während ihr östlicher Gegenpol in einen Bürgerkrieg verwickelt wurde[26]. Insoweit ist Lipgens' Einschätzung zuzustimmen: „Die eine Macht wollte, die andere konnte noch keine Hegemonialrolle in Europa übernehmen. Europa war noch einmal eine Frist gegeben."[27]

Die faktische Überwindung des seit dem 19. Jahrhundert streng national verstandenen Souveränitätsprinzips wurde bezeichnenderweise repräsentiert durch die beiden neuen Weltmächte. Sowohl die USA als führende Weltwirtschaftsmacht und entscheidende militärische Kraft im Ersten Weltkrieg als auch die UdSSR mit ihrem neuen, auf Weltrevolution ausgerichteten Gesellschaftsmodell sprengten beide auf ihre Weise die bisherigen Vorstellungen von Staat und Gesellschaft. Die europäischen Staaten dagegen zogen sich ins Schneckenhaus nationalstaatlicher Souveränität zurück. Dieses Beharren Europas auf tradierten Strukturen erwies sich schnell als gefährlicher Anachronismus, der Europa wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich und in der völkerrechtlichen Entwicklung ins Hintertreffen geraten ließ. Der Versuch europäischer Politiker, die faktische Niederlage des auf seine imperialistische Spitze getriebenen Nationalismus durch eine erneute emotionale Überhöhung des Nationalstaates zu überwinden, blieb ein müdes *revirement* der Maximen des ideologisierten Weltkrieges und sollte schon bald fehlschlagen.

Der vielfache Bruch des Jahres 1918 schuf ein prinzipiell verändertes Bedingungsfeld für die Gestaltung eines neuen Europas und versah den nun wieder populären Europagedanken mit einer „neuartige[n] Dringlichkeit"[28].

[24] Etwas überspitzt, in der Sache aber völlig korrekt bezeichnet GREWE, Völkerrechtsgeschichte ²1988, S. 679 die „Brechung der überragenden alleinigen Vormachtstellung Englands" als das „weltpolitisch wichtigste Ergebnis des ersten Weltkrieges".

[25] Die in Washington vereinbarte Schlachtschiff-Kontingentierung von 5:5:3:1,5:1,5 (Großbritannien, USA, Japan, Frankreich, Italien) löste den bisherigen Zweimächtestandard (Überlegenheit der britischen Flotte über die beiden folgenden Flottenkontingente) ab und blieb auch auf den folgenden Flottenkonferenzen in Washington 1929 sowie in London 1930 und 1936 unangetastet; vgl. GREWE, Völkerrechtsgeschichte ²1988, S. 680f.

[26] Die verbreitete Einschätzung eines rücksichtslosen US-Isolationismus ist von KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 62 zutreffend als „ein der Korrektur bedürftiges Klischee" zurechtgerückt worden.

[27] LIPGENS, Anfänge 1977, S. 3.

[28] LOTH, Weg nach Europa ³1996, S. 10.

In den folgenden Europadebatten standen neben der jetzt drängenden Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaftseinheit gegen die USA insbesondere die Institutionalisierung des Friedens, die Modernisierung des Souveränitätsprinzips und der Antibolschewismus als neue Motive im Vordergrund europäischer Einigungsbestrebungen. Fortan bestimmten die neuen Motive nicht nur die ideengeschichtliche Entwicklung, sondern auch die Realität europäischer Politik, beginnend mit den Pariser Friedensverhandlungen. Damit war der Grundstein gelegt für den Europadiskurs im deutschen Exil. In den Jahren nach 1918 wurde die realpolitische Reibungsfläche des politischen Exils aufgezogen – und darin liegt die eigentliche Bedeutung der europäischen Zwischenkriegszeit für das Verständnis der Europakonzeptionen im Exil. Einige zentrale Elemente des späteren Diskurses wie der Antibolschewismus oder die Entdeckung föderalistischer Lösungen waren schon in der Zwischenkriegszeit virulent. Doch hatten Überlegungen zu einer europäischen Einigung in den Jahren von 1918 bis 1933 keinerlei Verwirklichungschance, wie Tucholskys zynische Beschreibung von 1932 veranschaulicht:

„Da liegt Europa. Wie sieht es aus?
Wie ein bunt angestrichnes Irrenhaus. [...]

Wir? Zollhaus, Grenzpfahl und Einfuhrschein:
Wir lassen nicht das geringste herein.
Wir nicht. Wir haben ein Ideal:
Wir hungern. Aber streng national.

Fahnen und Hymnen an allen Ecken.
Europa? Europa soll doch verrecken!
Und wenn alles der Pleite entgegentreibt:
daß nur die Nation erhalten bleibt. [...]

Die Nation ist das achte Sakrament – !
Gott segne diesen Kontinent."[29]

2. Gebrochene Strukturen – die Versailler Friedensordnung

Zurecht erinnert Kolb daran, daß das „Mächtesystem der Zwischenkriegszeit [...] seine maßgebliche Prägung durch Verlauf, Ergebnisse und Folgewirkungen der Pariser Friedenskonferenz"[30] erhielt. Mit dem Vertrag von Versailles versuchte man vergeblich, das Ende einer Epoche zu besiegeln und gleichzeitig eine neue völkerrechtliche Ordnung zu institutionalisieren. Das spätere politische Exil beschäftigte sich bis 1945 durchgängig intensiv mit dem Versailler Vertrag und konzentrierte sich vorwiegend auf drei Ergebnisse von 1919: die in den Vertragsteilen II und III vereinbarten neuen Grenzen als Ausfluß des Selbstbestimmungsrechts der Völker; die Gründung des Völker-

[29] TUCHOLSKY, Europa (1932), abgedruckt in: DERS., Zwischen Gestern und Morgen 1952, S. 177.
[30] KOLB, Weimarer Republik ^{5}2000, S. 195.

bundes (Teil I des Vertrages) als erster Versuch einer langfristigen Friedenssicherung[31] und der „Kriegsschuldparagraph" Art. 231 VV als Rechtsgrundlage für die Reparationsforderungen. Bedingt durch den ausgeprägten Kompromißcharakter des Versailler Vertragswerks und die interalliierten Differenzen[32] trugen die Ergebnisse der Pariser Friedensverhandlungen von der ersten Stunde an schwer an einigen strukturellen Brüchen, die hier in sechs Punkten dargestellt werden sollen.

Zunächst litt die Zwischenkriegszeit international an der 1919 ausgesparten abschließenden Regelung der Reparationsfrage, deren Höhe erst auf der Konferenz von Boulogne am 21. Juni 1920 erstmalig festgelegt wurde, um in der Folgezeit ständig revidiert zu werden. Betrachtet man zudem die vorgenommene Verknüpfung der Reparationsregelung mit der Rückzahlung der alliierten Kriegsschulden, ist in der Retrospektive die tatsächlich eingetretene Verzögerung der wirtschaftlichen Erholung Europas leicht nachvollziehbar. Zutreffend ist auf die in der Reparationsfrage schlummernde permanente Brandgefahr für die gesamte Retablierung des internationalen Staatensystems hingewiesen worden: „Die wirtschaftlichen und politischen Reorganisierungsversuche in Europa nach 1919 hingen aufs engste zusammen mit der Regelung der Reparationen, von hier gingen darüber hinaus – schon wegen der unumgänglichen Beteiligung der USA als stärkster Wirtschaftsmacht der Welt – entscheidende Impulse auf die Entwicklung des internationalen Systems der Nachkriegszeit aus."[33]

Ein weiterer Stein des Anstoßes war die inkonsequente Handhabung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das der Versailler Vertrag in der Gestalt von 20000 zusätzlichen Grenzkilometern manifestiert hatte. So stieß die Teilung Oberschlesiens entgegen der Abstimmungsmehrheit von 60% auf Unverständnis. Schnell wurde deutlich, daß das Schlagwort der völkerrechtlichen Selbstbestimmung als Arkanum des europäischen Friedens zutiefst ungeeignet war. Denn statt die Nationalismen zu überwinden, bot es den Verfechtern eines strengen Souveränitätsverständnisses ein ideales Argument in der Auseinandersetzung mit föderalistischen und internationalistischen Tendenzen. Nationale Rückbesinnung fand verständlicherweise auch bei den durch die Versailler Friedensordnung neu geschaffenen Staaten großen Anklang. Doch waren weder die neuen Kleinstaaten im Osten noch die südosteuropäische Neugründung Jugoslawien geeignet, das überkommene Problem der multiethnischen und religiösen Koexistenzen zu lösen. Im Ergebnis versagte der Lösungsansatz kleiner Nationaleinheiten ebenso wie der der

[31] Vgl. dazu DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 38.
[32] KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 23 unterstreicht, daß die eigentlichen Konfliktlinien nicht zwischen Siegern und Besiegten, sondern innerhalb der Siegerkoalition verliefen.
[33] Ibid. S. 200.

vorherigen Vielvölkerstaaten Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches[34].

Neben der Strukturschwäche des Völkerbundes, auf die später einzugehen sein wird, kennzeichnete die Versailler Friedensordnung die Unsicherheit im Umgang mit der sozialpolitischen Sprengkraft des Bolschewismus. Schon die Pariser Friedensverhandlungen wurden indirekt von antibolschewistischen Strömungen beeinflußt[35]. Das alleinige Abstellen auf eine antibolschewistische Argumentations- und Motivationslinie der Alliierten in Paris dagegen ist in seiner Monokausalität kaum haltbar, wenngleich der Hinweis tendenziell richtig und notwendig ist[36]. Die Angst der Verhandlungsteilnehmer vor einer „Bolschewisierung" Europas muß wohl eher als Kern der Konkurrenz zwischen zwei unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen interpretiert werden, die später zu machtpolitischer Bedeutung gelangten[37].

Schließlich sind die erheblichen interalliierten Interessengegensätze als Strukturschwäche des Versailler Vertrages zu benennen, da sie ihm von Beginn an den Stempel eines als Gesamtwerk wenig überzeugenden Kompromißfriedens aufdrückten. Während Clemenceau eine dauerhafte Schwächung Deutschlands zugunsten eines franko-hegemonialen *cordon sanitaire* wünschte[38], übernahm der amerikanische Präsident Wilson mit der Idee des Völkerbundes die Rolle des Visionärs. In der Tradition der kontinentalen *checks and balances* wandte sich auch Großbritannien gegen eine zu deutliche Schwächung Deutschlands, um französischen Hegemonialplänen den Boden zu entziehen. Zudem wurde in der Erhaltung Deutschlands ein effektiver Puffer gegen den als neue Ostgefahr ausgemachten Bolschewismus gesehen[39].

Von Anfang an war der Versailler Vertrag von allen Seiten, auch in den Siegerländern, harscher Kritik ausgesetzt[40], und in Deutschland entwickelte

[34] Bei DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 36 findet sich die mißverständliche Formulierung, das russische Zarenreich sei als supranationales Staatsgebilde zerschlagen worden. Tatsächlich war dieses „supranationale" Staatsgebilde schon 1922 mit der Errichtung der UdSSR wiedererstanden.

[35] Dies wird mittlerweile nicht mehr bestritten, vgl. z.B. DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 36; KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 24.

[36] Vgl. aber MAYER, Politics and Diplomacy of Peacemaking 1967. Zum Streitstand vgl. KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 198f.

[37] Vgl. DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 37. Ähnlich argumentiert KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 24, der den Antibolschewismus als omnipräsenten „Generalbaß" der Friedenskonferenz sieht; vgl. auch KRÜGER, Deutscher Nationalismus und europäische Verständigung 1983, S. 516.

[38] Die bei der feierlichen Überreichung des Vertrags gegenüber der deutschen Delegation geäußerten Worte: „Die Stunde der Abrechnung ist da." veranschaulichen die grundlegend unterschiedlichen Zielsetzungen, die in den Verhandlungen nur mühsam auf eine gemeinsame Formel hatten gebracht werden können; zit. n. MÖLLER, Europa zwischen den Weltkriegen 1998, S. 24.

[39] Zu den alliierten Verhandlungspositionen vgl. auch KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 27f.

[40] So auch DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 36.

sich der Mythos vom „Versailler Schmachfrieden" zur „kollektive[n] Selbstsuggestion"[41]. Versailles wurde von nahezu allen Parteien abgelehnt, „und zwar mit emotionaler Kraft"[42] – zu lange hatte man sich der illusionären Hoffnung auf einen rücksichtsvollen „Wilson-Frieden" hingegeben[43]. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß im Versailler Vertrag durchaus vielversprechende Ansätze zu einem europäischen Neuanfang sowohl in friedensichernder als auch in wirtschaftlicher Hinsicht angelegt waren, die in den folgenden Jahren – wenn auch in ungenügendem und durch vielschichtige Hindernisse reduziertem Umfang – aufgenommen wurden. Dies gilt selbst in Anbetracht der Tatsache, daß sich Deutschland in der Zwischenkriegszeit – und nicht erst seit 1930 – zur „revisionistischen Macht *par excellence*"[44] aufschwang. Das Hauptproblem war die Ungeduld der Handelnden und die nur langsam mahlenden Mühlen kollektiver Wahrnehmungsprozesse: „‚Versailles' als positiver Ausgangspunkt für eine neue europäische Ordnung, nicht als negatives Menetekel hatte also zeitweilig eine Chance – aber sie brauchte Zeit. Vertrauen mußte wachsen und wirken, um die mentalen Folgen des Krieges zu überwinden."[45]

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, daß der Friedensvertrag von Versailles dem besiegten Deutschland zwar harte Bedingungen auferlegte, zugleich aber ausdrücklich eine friedliche Revision zuließ und über den grundsätzlich intendierten Weg der Völkerverständigung einen baldigen Wiederaufbau Deutschlands zu einer europäischen Wirtschafts- und Politikmacht durchaus ermöglicht hätte[46]. Doch reagierte man noch im Exil mit blankem Unverständnis auf die Tatsache, daß gerade den demokratisch legitimierten Politikern der Weimarer Republik Zugeständnisse verweigert worden waren[47], die den aggressiv fordernd auftretenden nationalkonservativen und schließlich nationalsozialistischen Politikern schließlich gewährt wurden. Dies veranschaulicht, daß einige konstruktive Elemente der Versailler Friedensordnung tatsächlich zukunftsweisende Strukturen bargen, die jedoch an den interalliierten Differenzen, der fehlenden internationalen Vertrauensbasis sowie der wachsenden Ungeduld deutscher Politiker scheiterten.

[41] Ibid. S. 39.
[42] Ibid. S. 40.
[43] Vgl. KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 32.
[44] Ibid. S. 34.
[45] DÜLFFER, Jalta [2]1999, S. 43. KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 23 dagegen zeichnet das Vertragswerk selbst in dunkleren Farben, da er stärker aus der Retrospektive urteilt: „Den auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 versammelten Staatsmännern ist es nicht gelungen, nach dem Ende des Weltkrieges eine einigermaßen stabile europäische Friedensordnung oder ein Weltfriedenssystem zu errichten, das die Gewähr wenigstens relativer Dauer zu bieten schien." Doch findet sich bei KOLB, ibid. S. 197 auch der ausdrückliche Hinweis auf die „recht weitgehende historische Rehabilitierung der ‚Friedensmacher' von 1919".
[46] Vgl. DÜLFFER, Jalta [2]1999, S. 42; KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 35.
[47] Vgl. ibid. S. 35.

3. Machtloses Instrumentarium – der Völkerbund

Diese Brechung der Strukturen spiegelte sich besonders deutlich im Völkerbund wider als der internationalen Organisation, die eine bisher nicht gekannte Weltordnung des Rechts einführen, überwachen und sichern sollte. Wilsons Idee zielte auf die Errichtung einer Weltfriedensordnung ab, die auf den Prinzipien des Völkerrechts – hier war das Selbstbestimmungsrecht der Völker der maßgebliche Kern[48] – und der ausgleichenden Völkerverständigung basieren sollte. Unterstützung hatte Wilson unter anderem von dem südafrikanischen Ministerpräsidenten Smuts in einer Denkschrift vom Dezember 1918 erhalten[49], zumal eine solche globale Neuordnung die Beseitigung der allseits beklagten und bis heute vielzitierten „zwischenstaatlichen Anarchie" versprach[50]. Die vornehmsten Aufgaben des Völkerbundes bestanden in der allgemeinen Abrüstung, der Etablierung eines Systems kollektiver Sicherheit und der Bereitstellung politischer Mechanismen zur friedlichen Konfliktbeilegung (Art. 8–17 VV)[51]. Die Satzung des Völkerbundes war als Teil I in die Friedensverträge integriert worden, so daß sie zusammen mit dem Versailler Vertrag am 10. Januar 1920 in Kraft trat. Schon im darauf folgenden Jahr erschien die deutsche Kommentierung der Satzung, die mit Walther Schücking und Hans Wehberg zwei herausragende Völkerrechtler und Pazifisten als Herausgeber aufweisen konnte[52].

Doch worin lag die besondere Bedeutung der Völkerbund-Satzung? Sicherlich löste sie keine einzige der drängenden Territorialfragen, zumal Art. 10 die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten für unantastbar erklärte. Somit entwickelte sich der Völkerbund schnell zum „Konservator des durch die Friedensverträge geschaffenen territorialen *Status quo*"[53]. Diese Rolle wurde auch nicht durch die Möglichkeit einer friedlichen Vertragsrevision nach Art. 19 VV relativiert, da diese die als Regelfall konzipierte Einstimmigkeit des Bundesversammlungsbeschlusses erforderte[54]. Vielmehr ist die überragende Bedeutung der Völkerbund-Satzung als „historisches Dokument ersten Ranges"[55] in den übergreifenden Zielsetzungen zu sehen, die die Präambel treffend schildert: „to promote international co-operation and to achieve international peace and security by [...] the prescription of open, just and honourable relations between nations,

[48] Vgl. BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 26.
[49] Vgl. dazu KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 25.
[50] Statt vieler LIPGENS, Anfänge 1977, S. 4.
[51] Vgl. auch PFEIL, Völkerbund 1976, S. 53f.
[52] SCHÜCKING, WEHBERG (Hg.), Die Satzung des Völkerbunds [2]1924.
[53] KOLB, Weimarer Republik [5]2000, S. 26.
[54] Vgl. PFEIL, Völkerbund 1976, S. 58. Dagegen ist die Einschätzung Pfeils, ibid. Anm. 31 sowie S. 147, die „praktische Nichtanwendung von Artikel 19 [habe] wesentlich zum Scheitern des Völkerbunds beigetragen", zu weitgehend.
[55] Ibid. S. 45.

by the firm establishment of the understandings of international law as the actual rule of conduct among Governments, and by the maintenance of justice and a scrupulous respect for all treaty obligations in the dealings of organized peoples with one another"[56].

Mit der Völkerbund-Satzung wurde erstmalig der Versuch unternommen, die Friedenssicherung auf einer übernationalen Ebene zu institutionalisieren und das Völkerrecht als verbindlichen, einheitlich ausgelegten Maßstab zugrunde zu legen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag stellte eine gemeinsame Institution der Rechtswahrung und des Rechtsschutzes dar, der in der Tat einige Streitigkeiten zwischen kleineren Staaten zu schlichten vermochte. Auseinandersetzungen der Großmächte wurden jedoch weiterhin an IGH und Völkerbund vorbei verhandelt.

Die internationale Vereinbarung eines Primats des Rechts brachte eine neue Qualität des Völkerrechts – eines Rechtsgebietes, das in besonderer Weise vom politischen Impetus abhängt und bis heute viel deutlicher unter dem Kuratel der Politik steht als das innerstaatliche Recht demokratischer Rechtsstaaten. Anders als 1945 bedeutete die Völkerbund-Satzung daher einen Wendepunkt in der Entwicklung des Völkerrechts[57], der mit der Institutionalisierung der Konfliktbewältigung eine stärkere Verrechtlichung und die Verankerung völkerrechtlicher Nova wie der Haager Schiedsgerichtsbarkeit und des angelsächsischen *Hue and Cry* nach sich zog[58] und das Recht der internationalen Organisationen als eigenständiges Element des Völkerrechts begründete[59]. Damit hatte der europäische Kontinent auch als System kollektiver Sicherheit eine neue Qualitätsstufe erreicht, worin mit einiger Berechtigung die „eigentlich wegweisende Idee der Friedenskonferenz"[60] gesehen worden ist.

Mithin stellte der Völkerbund nicht nur den Versuch dar, das Europäische Konzert auf der globalen Ebene zu organisieren[61], sondern darüber hinaus auch qualitativ entscheidend weiterzuentwickeln. Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache bedeutsam, daß drei der ursprünglich vier ständigen Mitglieder europäische Staaten waren: Großbritannien, Frankreich und Italien. Hartwig Bülck interpretierte diese Konstellation 1964 noch als „föderativ erweiterte Kollektivhegemonie"[62], doch kann dieser Einschätzung weder inhaltlich noch terminologisch gefolgt werden. Schon 1919 war die Schwäche der europäischen Staaten einschließlich Großbritanniens und Frankreichs erkennbar, und die Abhängigkeit des Völkerbundes von der Entwicklung des außereuropäischen Spannungsfeldes zwischen den USA und der UdSSR so-

[56] Zit. n. ibid. S. 46.
[57] Vgl. GREWE, Völkerrechtsgeschichte ²1988, S. 679.
[58] Vgl. BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 27.
[59] BUERGENTHAL et al., Völkerrecht ²2000, S. 14.
[60] KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 26.
[61] So BÜLCK, Föderalismus 1964, S. 26.
[62] Ibid.

wie der weltwirtschaftlichen Führungsposition der USA ließen keinen Raum für eine europäische „Kollektivhegemonie" – ein Begriff, der schwer an der ihm innewohnenden Widersprüchlichkeit zu tragen hat. Auch die Behauptung einer „föderativen" Erweiterung des Europäischen Konzerts ist kaum nachvollziehbar und wohl nur unter Zugrundelegung des weiten Föderalismusbegriffs verständlich, von dem Bülck in seiner Untersuchung ausgeht und demzufolge schon das Europäische Konzert des 19. Jahrhunderts einen föderativen Charakter aufwies. Der bisweilen exzessive Rückgriff auf den Terminus „föderativ" gerät bei Bülck zu einer Verdunkelung der Grenzen zwischen einer bloßen zwischenstaatlichen Kooperation einerseits und einer auf dem Grundsatz der Staatengleichheit beruhenden Föderation andererseits. Ob innerhalb einer solchen Föderation einzelne Staaten oder Staatengruppen stärkeren Einfluß ausüben als andere – wovon regelmäßig ausgegangen werden darf –, ist keine Frage der föderativen Struktur, sondern schlicht der politischen Machtverteilung *intra muros*[63].

Die Konstruktion des Völkerbundes wies einige gravierende Schwächen auf, die ihn bald aus dem Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit entfernten. Die entscheidende Strukturschwäche ist in der Diskrepanz zwischen dem universalistischen Ansatz und der europäisch zugeschnittenen Mitgliederstruktur zu sehen, die zu keinem Zeitpunkt eine wahrhaft globale Ausrichtung widerzuspiegeln vermocht hat[64]. Dies veranschaulicht die wechselnde Zusammensetzung der ständigen Mitglieder: Von den entscheidenden außereuropäischen Staaten weigerten sich die USA von Anfang an, dem Völkerbund beizutreten, während der Sowjetunion die Mitgliedschaft erst 1934 gewährt wurde – um sie ihr schon im Dezember 1939 wegen des Angriffs auf Finnland wieder zu entziehen. Als dritter außereuropäischer Machtfaktor schied Japan im März 1933 aus. Alle anderen übrigen ständigen Mitglieder waren europäische Staaten: Deutschland wurde als Kriegsverlierer erst 1926 aufgenommen[65] und trat schon im Oktober 1933 wieder aus. Und im Dezember 1937 trat Italien aus dem Völkerbund aus, so daß im Jahr des Kriegsbeginns 1939 bezeichnenderweise die beiden europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich übrig blieben[66]. In engem Zusammenhang

[63] Die völkerrechtliche Klassifizierung des Völkerbundes wurde schon früh diskutiert. Wie Bülck geht auch ZIMMERN, The League of Nations and the Rule of Law 1936, von einer unmittelbaren Fortsetzung des Europäischen Konzerts aus, während HUBER, Die konstruktiven Grundlagen des Völkerbundsvertrages, in: Zeitschrift für Völkerrecht 12 (1920), S. 170ff. den Völkerbund als Staatenverbindung *sui generis* ansieht.

[64] 42 Gründungsmitglieder; bis 1937 kamen 21 hinzu, aber bis 1942 traten auch 20 Mitgliedstaaten wieder aus; vgl. PFEIL, Völkerbund 1976, S. 47f.

[65] Mit dem Austritt Japans und Deutschlands aus dem Völkerbund 1933 setzte eine weltumspannende Aggressionsdynamik ein, die sich schon in der Mandschurei-Krise angekündigt hatte und die Ohnmacht des Völkerbundes in der Krisenprävention offenbarte, sobald die Großmächte beteiligt waren; vgl. auch GREWE, Völkerrechtsgeschichte ²1988, S. 682.

[66] Vgl. auch den Überblick bei MÖLLER, Europa zwischen den Weltkriegen 1998, S. 38.

mit diesem gestörten Verhältnis zwischen Weltgeltungsanspruch und monokontinentaler Orientierung steht die verpaßte Gründung einer eigenen europäischen Regionalorganisation im Rahmen eines wirklich weltumspannenden Völkerbundes. Nur eine solche in Art. 21 VV ausdrücklich zugelassene Konstellation hätte einen befriedigenden Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich ermöglichen können, der schon damals für den gesamteuropäischen Frieden grundlegend war. Diese verpaßte Chance gehörte „zweifellos zu den bedenklichsten Schwächen der Pariser Friedensordnung"[67]. Mit Blick auf die späteren Exildiskussionen um einen neuen Völkerbund und eine Neuordnung Nachkriegseuropas verbietet sich daher eine Trennung der Europadiskussion von der Völkerbundsdiskussion im Exil, da beiden Anliegen derselbe Gedanke zugrunde lag und bis auf wenige Ausnahmen eine europäische Staatenverbindung allein im Rahmen eines übergeordneten Weltbundes erörtert wurde. Diese Verknüpfung war schon in Weimar verfochten worden und findet sich letztlich auch bei Briand, auch wenn sein Plan von 1930 hauptsächlich aus Gründen politischer Praktikabilität auf eine losgelöste Europa-Organisation verzichtete.

Ein gravierendes Manko war die politische Abstinenz der USA, die sich auf Druck der Legislative dem Völkerbund nicht anschlossen, obschon die Idee gerade von einem amerikanischen Präsidenten herrührte. Deshalb blieb der Völkerbund als politische Institution ebenso hinter der weltpolitischen Realität zurück wie das Völkerrecht mit diesem ersten ernsthaften Versuch seiner allgemeinverbindlichen Kodifizierung schon im Augenblick seines Inkrafttretens von der Wirklichkeit der tatsächlichen weltpolitischen Machtverteilung überholt war[68]. Darüber hinaus krankte der Völkerbund an der seiner ursprünglichen Aufgabe diametral entgegenstehenden Realpolitik. Frankreich versuchte bis 1924, den Versailler Vertrag zu revidieren, was sich auch in den nachfolgenden Jahren noch hemmend auswirkte[69], während Großbritannien gesteigertes Interesse an einer möglichst baldigen wirtschaftlichen Reintegration Deutschlands zeigte. Folglich war der Völkerbund den einen grundsätzlich zu lasch, den anderen zu hart. Unverändert herrschte das Dogma nationalstaatlicher Macht- und Bündnispolitik vor, ungeachtet der fortschrittlicheren Völkerbund-Satzung[70]. Zudem trug die verspätete Einbindung des besiegten Deutschlands dem Völkerbund in der – namentlich deutschen – Bevölkerung den Ruf eines „Bundes der Siegerstaaten"[71] ein und verstärkte die deutsche Rolle als Außenseiter unter den europäischen Orientierungsmächten.

Schließlich bot die Völkerbund-Satzung aufgrund ihres Charakters als politischer Kompromiß nur eingeschränktes Fortschrittspotential. Insbeson-

[67] KRÜGER, Deutscher Nationalismus und europäische Verständigung 1983, S. 514.
[68] Vgl. dazu GREWE, Völkerrechtsgeschichte ²1988, S. 681.
[69] Vgl. DÜLFFER, Jalta ²1999, S. 41.
[70] So auch KOLB, Weimarer Republik ⁵2000, S. 27.
[71] Ibid. S. 26.